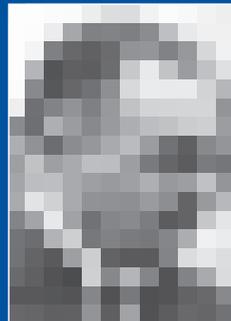
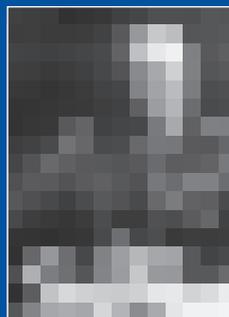


Blickpunkt Hessen

Axel Ulrich
Renate Knigge-Tesche

Der „20. Juli 1944“ und Hessen

Ein Rückblick
nach 70 Jahren



Der „20. Juli 1944“ und Hessen Ein Rückblick nach 70 Jahren

Dr. Axel Ulrich, Jahrgang 1951, Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Demokratiegeschichte, NS-Zeit sowie antinazistischer Widerstand in Hessen und Rheinland-Pfalz. Für die entsprechende Gedenk- und Erinnerungsarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden zuständiger Mitarbeiter des dortigen Kulturamtes – Stadtarchiv seit 1991.

Renate Knigge-Tesche M.A., Jahrgang 1947, Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten NS-Zeit, Regionale Zeitgeschichte, Biographieforschung. Referatsleiterin in der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung von 1974 bis 2012. Heute freiberuflich tätig.

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.*

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden

Herausgeberin: Angelika Römig
Gestaltung: G-S Grafik & Satz, Wiesbaden, www.dr-g-schmidt.de
Druck: dinges und frick GmbH, 65199 Wiesbaden
Erscheinungsdatum: Juli 2014
Auflage: 4.000
ISSN: 1612-0825
ISBN: 978-3-943192-19-3

Abbildungen auf dem Titel:

Ludwig Beck, Wilhelm Leuschner, Hermann Kaiser, Ludwig Schwamb (im Uhrzeigersinn) – die vier wichtigsten Akteure des „20. Juli“-Widerstandes aus Hessen. Sie alle wurden Opfer des NS-Regimes.

Nachweis der Abbildungen im Heft:

Adolf-Reichwein-Archiv Berlin, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) Bonn, Archiv des Landtags Rheinland-Pfalz, Gedenkstätte deutscher Widerstand Berlin, Landesarchiv Speyer, NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen, Privat, Stadtarchiv Oppenheim, Stadtarchiv Wiesbaden.

Der „20. Juli 1944“ und Hessen

Ein Rückblick nach 70 Jahren

Am 20. Juli 1944 wurde in Hitlers Hauptquartier „Wolfschanze“ nahe dem ostpreußischen Rastenburg¹ ein Sprengsatz zur Explosion gebracht. Es war beabsichtigt, hiermit zuvörderst den Despoten wie auch einige seiner Gefolgsleute aus dem Weg zu räumen, um sodann koordinierte Aktionen militärischer und ziviler Widerstandskräfte zur Beseitigung seiner Diktatur auszulösen. Diese hatte den größten Teil Europas mit massenhafter Verfolgung, Entrechtung und Vertreibung überzogen, mit Krieg, Deportationen und Völkermorden² sowie mit vielerlei anderen Verbrechen. Aber erst zehn Monate später konnte jene furchterliche Terrorherrschaft durch die Armeen der Alliierten niedergeworfen werden. Über vierzig Anschläge waren von oppositionellen Gruppen und Einzelpersonen auf Hitler geplant worden, indes nicht immer zur Ausführung gelangt³, seitdem dieser am 30. Januar 1933 durch den greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Kanzler des damaligen Deutschen Reichs ernannt worden war. Aber nicht ein einziges Mal hat die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hierdurch ernsthaft in Gefahr gebracht werden können.

Die Lage an den Fronten im Sommer 1944

Fünf Jahre fast führte das „Großdeutsche Reich“ damals bereits

Krieg. Hitler, von dem zehn Jahre zuvor nach von Hindenburgs Tod die Reichspräsidenschaft mit dem Amt des Reichskanzlers verschmolzen worden war, hat fortan die Reichswehr ebenso wie die Beamtenschaft nur noch auf sich persönlich vereidigen lassen. Damit hatte er seinen totalitären „Führerstaat“ im Prinzip zur Gänze verwirklicht. Die in den Traditionen des Kaiserreichs fest verwurzelte, gegenüber der Weimarer Demokratie folglich meist reserviert bis feindlich eingestellte Reichswehrführung hatte dementsprechend keineswegs die frühesten Kritiker des NS-Staates hervorgebracht. Vielmehr war ihr Hitlers Missachtung des Versailler Vertrags mit seinen drastischen Rüstungsbeschränkungen sehr zupass gekommen. Auch haben viele Militärs ihren „Führereid“ späterhin als höchst willkommene Ausflucht benutzt, wenn sie um Unterstützung von Umsturzaktivitäten gebeten worden sind. Im März 1935 war die Reichswehr im Übrigen in Wehrmacht umbenannt und die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt worden.⁴

Das zielstrebige Zusteuern auf einen Krieg hat eigentlich jedem, der zu jener Zeit militärische Verantwortung trug, bewusst sein müssen. Warnungen vor einem erneuten Waffengang nach der Katastrophe der Jahre 1914 bis 1918 gab es unter ranghohen Militärs durchaus, spätestens nach-

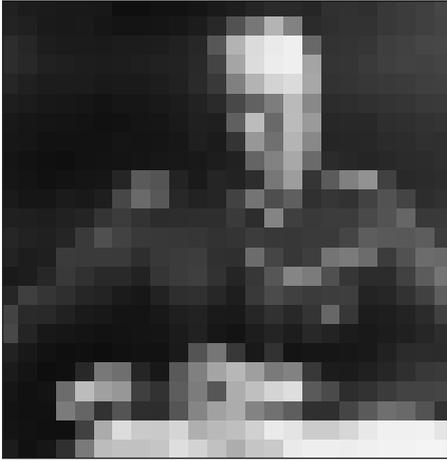
dem Hitler am 5. November 1937 seine Kriegsabsichten den Oberbefehlshabern von Heer, Marine und Luftwaffe sowie dem Außen- und dem Kriegsminister kundgetan hatte. Aber die seltenen Versuche, den „Führer“ womöglich wieder umzustimmen, die stets mit noch ungenügender Schlagkraft der Wehrmacht und fehlenden Ressourcen begründet wurden, sind von Hitler allesamt unwirsch abgetan und mit Entlassungen, Umbesetzungen sowie weiterem Säbelrasseln quittiert worden. Im Februar 1938 übernahm Hitler überdies den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht.⁵ Politische Argumente oder gar eine offene Auflehnung gegen den Diktator und sein Regime waren für die überwiegende Mehrzahl des militärischen Führungspersonals zumindest bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs völlig unbekannte Denk- und Handlungsmuster.

Die Ereignisse hatten weiterhin ihren unheilvollen Verlauf genommen. Im Sommer 1944 war freilich die Zeit der „Blitzsieg“, die mit der raschen Niederwerfung Polens 1939 begonnen und bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung wie auch des Militärs für eine länger anhaltende Kriegseuphorie und Hitler-Hörigkeit gesorgt hatte, definitiv vorbei. Immer unverkennbarer hatte sich der Zweite Weltkrieg als erbarmungslos grausamer, rassistisch motivierter Eroberungs-, Raub- und Vernichtungsfeldzug gerade auch gegen die Zivilbevölkerung der überfallenen Länder erwiesen. Durch den Ausgang der Schlacht um Stalingrad Anfang 1943 mit mehr als 700.000 Gefallenen auf beiden Seiten, die meisten davon Rotarmisten, und an die 100.000 deutschen Kriegsgefangenen

war die Kriegswende unverkennbar markiert. Im Mai jenes Jahres hatten die Briten und die Amerikaner dann die deutschen und die mit diesen verbündeten italienischen Truppen in Nordafrika bezwungen. Am 11. Juni 1943 ist die kombinierte Bomber-Offensive auf das deutsche Reichsgebiet angelaufen mit Präzisionsangriffen der US Army Air Forces tagsüber und Flächenbombardements der britischen Luftwaffe des Nachts. Im Monat darauf sind die Alliierten auf Sizilien gelandet, Ende Juli 1943 ist Hitlers italienischer Verbündeter Benito Mussolini gestürzt worden. In der Atlantikschlacht zeigten sich die deutschen U-Boote zunehmend unterlegen. Und am 6. Juni 1944 hatten die Westalliierten in der Normandie mit der Invasion begonnen, während die Sowjets schon bald mit großer Wucht ihre Sommeroffensiven gegen das deutsche Ostheer führten, mit denen sie weit nach Westen vorzustoßen vermochten.⁶ Allen, die Hitlers Wahnvorstellung vom „Endsieg“ nicht erlegen waren, ist in jenem Sommer 1944 klar gewesen, dass dieser Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen war.

Ludwig Beck und der militärische Widerstand

Ludwig Beck⁷, 1880 im heute zu Wiesbaden gehörenden Biebrich am Rhein geboren, im Ersten Weltkrieg als Generalstabsoffizier an der Westfront eingesetzt und seit Oktober 1933 faktisch Generalstabschef des Heeres, hatte dem Nationalsozialismus anfangs durchaus wohlwollend gegenübergestanden. Er hatte sogar gehofft, Hitler werde der Reichswehr wieder



Ludwig Beck.

zu jener autonomen Position verhelfen, die ihr bis 1918 vermeintlich zu Eigen gewesen war. Deshalb hatte er sich mit Verve für dessen zielstrebig betriebene Wiederaufrüstung ins Zeug gelegt, worin Beck sich durchaus nicht von anderen Offizieren unterschieden hat, die sich später wie er im antinazistischen Widerstand engagierten. Seit Hitlers Kriegsankündigung im November 1937 hatte der General immer wieder versucht, den „Führer“ von einem neuerlichen Waffengang abzuhalten, wenigstens solange die Armee hierfür noch nicht ausreichend gerüstet sei. Außerdem hatte er wiederholt die Beratungskompetenz militärischer Fachleute geltend gemacht. Aber jedes Beharren auf politische Mitentscheidung und Mitverantwortung der Generalität ist vom Tyrannen brüsk zurückgewiesen worden.

So versuchte Ludwig Beck – der nebenbei bemerkt Hitlers Kriegsabsichten lange Zeit überhaupt nicht durchschaut hatte – im Sommer 1938 erst noch eine kollektive Befehlsverweigerung der

kommandierenden Generale des Heeres herbeizuführen, um dem Diktator vielleicht auf diese Weise Einhalt zu gebieten.⁸ Doch musste er erkennen, dass seine wohl-durchdachten Einschätzungen in der Generalität keinerlei Widerhall fanden bzw. dass auch dort zumeist aus Opportunismus dem Schweigen der Vorzug gegeben wurde. Bald darauf reichte er daher sein Rücktrittsgesuch ein. Ihm selbst mangelte es an der erforderlichen Befehlsgewalt, und in seinem zögerlichen Vorgesetzten Generaloberst Walther von Brauchitsch, erst seit Februar jenes Jahres Oberbefehlshaber des Heeres in der Nachfolge des von Hitler abgesetzten Generalobersten Werner Freiherr von Fritsch, hatte er mitnichten einen Verbündeten gefunden. Und doch wurden dann schon 1938/39 von einigen militärischen und mit diesen kooperierenden zivilen Regimegegnern erste konkrete Staatsstreichpläne entwickelt. Diese sind allerdings durchweg durch die seinerzeitigen außenpolitischen Erfolge Hitlers hinfällig geworden, so z.B. durch die problemlose Einverleibung des Sudetenlandes als Resultat des Münchner Abkommens zwischen Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland im Herbst 1938 sowie durch den Einmarsch der Wehrmacht auch in den tschechoslowakischen Reststaat und dessen Zerschlagung im März des Folgejahres, was vom Westen ohne adäquate Reaktion hingenommen worden ist.⁹

Die Ausdehnung des rassistischen „Arier-Paragraphen“ auf das Offizierskorps ab 1934, die fortschreitende Entwicklung der SS zu einer effektiv armierten und optimal ausgebildeten Truppe neben der Wehrmacht sowie obendrein noch

die fortwährende Diffamierung des Heeres als „weltanschaulich unzuverlässig“ durch die NS-Ideologen hatten Beck und manch andere Militärs traditionellen Zuschnitts mehr und mehr in kritische Distanz zu den vielen verwerflichen Zielen und Praktiken des „Dritten Reiches“ rücken lassen.¹⁰ Etlichen jüngeren Offizieren, denen die langjährige Erfahrung des mit seiner Demission noch zum Generalobersten beförderten Beck fehlte, darunter Claus Graf Schenk von Stauffenberg, der sich schließlich zum Attentat auf Hitler und zugleich zur militärischen Leitung des daran gekoppelten Umsturzunternehmens bereit erklärte, sind alsbald ebenfalls die Augen geöffnet worden. Bewirkt haben dies die reichsweiten Pogrome gegen die Juden im November 1938 bzw. einige Zeit darauf die Massaker, die an jener Minderheit und an der sonstigen Zivilbevölkerung während der Feldzüge gegen Polen, auf dem Balkan sowie gegen die Sowjetunion von den so genannten Einsatzgruppen verübt worden sind, zum Teil in Kooperation mit der Wehrmacht.¹¹

Unterdessen hatte sich das NS-Regime von Jahr zu Jahr weiter stabilisiert. Insbesondere mit der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) standen Überwachungsinstrumentarien zur Verfügung, die jedes kritische Wort oder gar widerständiges Handeln höchst riskant machten. Dies war zudem einem ausgeprägten Spitzelunwesen bzw. Denunziantentum geschuldet, während gerade auch der öffentliche Dienst und die Wehrmacht in immer stärkerem Maße nazifiziert wurden. Für eine erfolgreiche Aktion gegen die Willkürherrschaft würde es hingegen

schon einer genügend großen Anzahl umsturzgewillter Befehlshaber bedürft haben, die mit ihren Einheiten an möglichst vielen militärisch relevanten Orten und keineswegs nur in der Reichshauptstadt Berlin hätten bereitstehen müssen. Aber gerade an solch mutigen Militärs mit Zugriff auf schlagkräftige Truppenkontingente mangelte es immerzu, wie nicht nur Generaloberst a. D. Beck oft genug enttäuscht feststellen musste. Die ohnehin äußerst wenigen zum Mitun bereiten befehlshabenden Generale wurden dann im Verlauf des sich immer mehr ausweitenden und zunehmend brutaler werdenden Krieges auch noch an die Fronten abkommandiert, was alle Umsturzvorhaben immer wieder eklatant behindert bzw. letztlich auch vereitelt hat.

Die Vielzahl der diversen auf einen Sturz des NS-Regimes hinarbeitenden Gruppen, der Protagonisten des Widerstandes oder auch nur sämtliche Attentatsversuche zu beschreiben, die unterschiedlichen Vorgehensweisen hierbei und die divergierenden Vorstellungen der Regimegegner von einem Deutschland nach Hitler nachzuzeichnen sowie ihre infolge der konspirativen, ergo lebensgefährlichen Bedingungen doch recht mühsame Verständigung auf gemeinsame Grundpositionen zu erläutern, das alles würde den Rahmen dieses Heftes sprengen.¹² Ludwig Beck jedenfalls knüpfte fortwährend in viele Richtungen des militärischen wie des zivilen Widerstandes neue konspirative Kontakte. Dabei verstand er es, beharrlich zwischen den verschiedenen, keineswegs spannungsfreien Positionen zu vermitteln. Hierdurch gelang es, die Fronde nicht nur zu-

sammenzuhalten, sondern sie auch zu stabilisieren. Deshalb war Beck geradezu prädestiniert für die Aufgabe des Chefkoordinators der Verschwörung, in die er Ende März 1942 auch eingewilligt hat.¹³

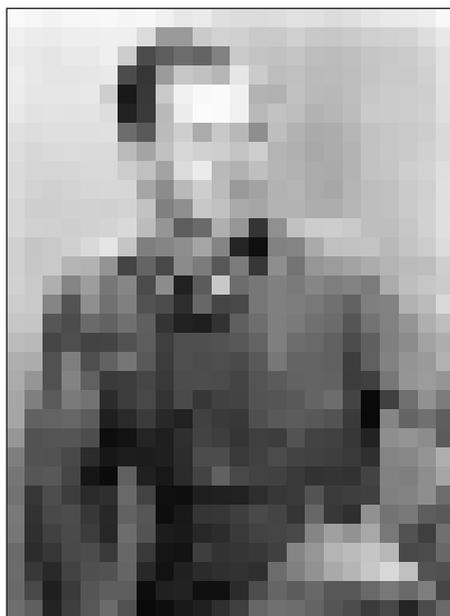
Was geschah am 20. Juli 1944?

Am Morgen jenes heißen Sommertages traf sich Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg¹⁴, Stabschef bei Generaloberst Friedrich Fromm, dem Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, mit seinem Freund und Adjutanten Oberleutnant Werner von Haeften¹⁵ auf dem Flugplatz Rangsdorf südlich von Berlin zum Flug nach Rastenburg.¹⁶ Erst kurz zuvor war Schenk von Stauffenberg aus dem Stab von General Friedrich Olbricht¹⁷, Chef

des Allgemeinen Heeresamtes beim Oberkommando des Heeres (OKH) und ebenfalls zum engsten Verschwörerkreis zählend, in seine neue Funktion gewechselt. Er gehörte damit zu den wenigen zum Attentat bereiten Hitler-Gegnern, bei denen überhaupt eine Chance bestand, dass sie in eines der aufs Strengste bewachten „Führerhauptquartiere“ zum Rapport befohlen würden bzw. dass sie womöglich bei anderer Gelegenheit nahe genug an den Gewaltherrscher herankommen könnten. Mehrmals waren insbesondere bereits 1943 und auch 1944 andere Widerstandskämpfer und dann zudem Schenk von Stauffenberg selbst noch im allerletzten Moment durch missliche Umstände an der Durchführung von Anschlägen auf den Diktator gehindert worden.¹⁸ An jenem Donnerstagmittag nun sollte der neue Stabschef Fromms Hitler abermals Bericht erstatten, nämlich über



Claus Graf Schenk von Stauffenberg.



Werner von Haeften.

den Einsatz von „Sperrdivisionen“ zur Abriegelung Ostpreußens gegen die vorwärts drängende Rote Armee. Jene günstige Gelegenheit galt es, unter keinen Umständen ungenutzt verstreichen zu lassen.

Graf Schenk von Stauffenberg hatte 1943 in Tunesien durch Jagdbomberbeschuss sein linkes Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken Hand verloren, war also bei der von ihm eigentlich beabsichtigten Aktivierung zweier in einer Aktentasche mitgeführter Sprengsätze kurz vor jener „Führerlagebesprechung“ auf die Unterstützung Werner von Haefrens zwingend angewiesen. Die Zeit drängte. Dann wurden die beiden Offiziere auch noch gestört, sodass sie lediglich eine einzige Sprengladung scharf machen konnten. Nachdem der Oberst schließlich seine Tasche unter den großen Kartentisch im Lagezimmer geschoben hatte, verließ er dieses sogleich wieder unter dem Vorwand, telefonieren zu müssen. Aus einiger Entfernung konnte er sodann die ziemlich starke Detonation beobachten, weshalb er den Anschlag für geglückt hielt und mit von Haefrens auf der Stelle den Rückflug nach Berlin antrat. Dort landeten sie gegen 15 Uhr.

In der Reichshauptstadt wurde Schenk von Stauffenberg dringend erwartet, sollte doch sofort nach der Meldung vom Tod Hitlers die Operation „Walküre“ ausgelöst werden. Dies war ein von den Verschwörern für ihr Vorhaben umgearbeiteter Plan zur Mobilisierung des Ersatzheeres zwecks Niederschlagung innerer Unruhen, etwa von Aufständen der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitskräfte oder der KZ-Häft-

linge. Dabei sollte das Ersatzheer vorübergehend die Macht im Staate übernehmen. Sämtliche Regierungs- und sonstigen zivilen Dienstgebäude hätten besetzt werden sollen, desgleichen die Rundfunksender, die Telefon- und Telegraphenämter und alle weiteren Schlüsselstellungen. Außerdem wären die NS-Funktionsträger möglichst rasch und vollzählig zu inhaftieren gewesen. Die vollziehende Gewalt, d.h. die Kontrolle über alle staatlichen Leitungsfunktionen wäre in den Wehrkreisen dementsprechend auf die dortigen territorialen Befehlshaber übergegangen. Diese sollten unterstützt werden von bereits Monate zuvor durch die Anführer des mittlerweile ungemein weit verzweigten militärisch-zivilen Widerstandsnetzwerks bestimmte „Verbindungsoffiziere“ und dazu noch durch diese und die Befehlshaber beratende „Politische Beauftragte“. Letzteren hätte die Bearbeitung aller aus dem militärischen Ausnahmezustand resultierenden politischen Fragen obliegen und bis auf Weiteres die Funktion von Verwaltungschefs bzw. von Oberpräsidenten der ihnen anvertrauten Gebiete zukommen sollen.

Das Scheitern des Umsturzversuchs

Inzwischen war in der Befehlszentrale der Verschwörer in der Berliner Bendlerstraße, Dienst-sitz des Allgemeinen Heeresamtes und des Befehlshabers des Ersatzheeres, durchgesickert, dass Hitler den Anschlag nur leicht verletzt überlebt hatte. Fromm, der um die Umsturzabsichten zwar gewusst, sich einer aktiven Mitwirkung aber

verweigert hatte, wurde deshalb von den Aufständischen kurzerhand festgesetzt. Sodann betraute Beck Generaloberst Erich Hoepner¹⁹ mit der Befehlsgewalt über das Ersatzheer und drängte seine Konfidenten zugleich auf plangemäßes Vorgehen, nämlich so, als sei Hitler der Explosion doch erlegen. Alsbald traten aber die gravierenden organisatorischen Schwächen des Umsturzunternehmens deutlich zutage, die letzten Endes auch zu dessen alsbaldigem Scheitern

fürten. Neben der Doppelfunktion Schenk von Stauffenbergs – Ausführung des Attentats und anschließend Gesamtleitung der Erhebung in Berlin – waren dies beispielsweise die nicht gelungene nachrichtentechnische Isolierung der Befehlszentralen des Regimes, die fehlende Übernahme der Rundfunkeinrichtungen und dergleichen sowie die nicht erfolgte Verhaftung aller regimetreuen Entscheidungsträger. Und obendrein noch wirkte sich die weiterhin doch sehr zöger-

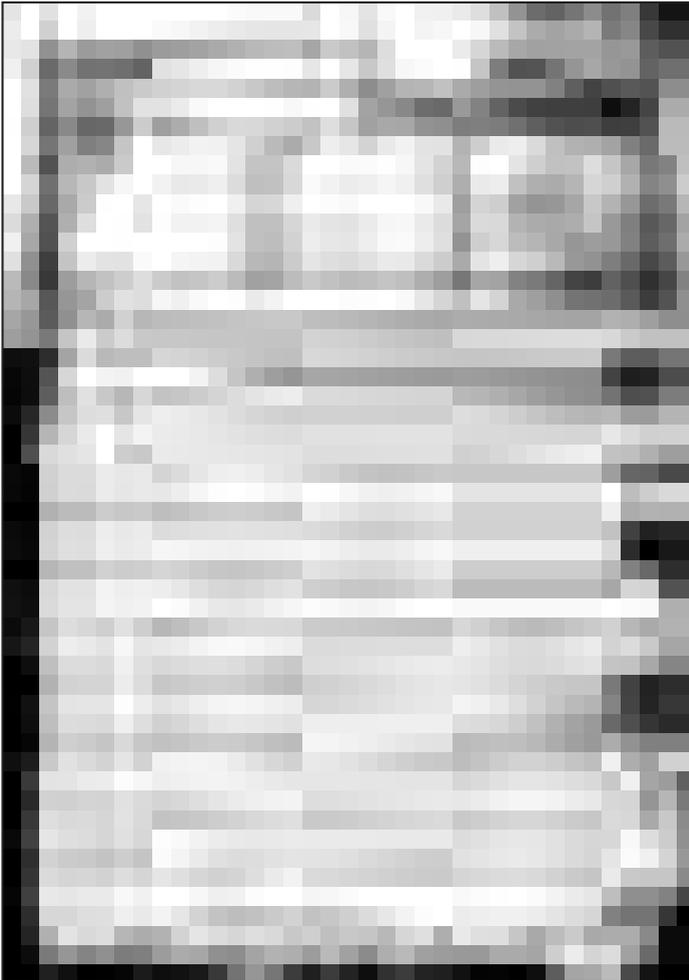


Fernschreiben von Generaloberst Erich Hoepner an den Wehrkreis XII Wiesbaden zur Heranziehung des „Politischen Beauftragten“, des „Unterbeauftragten“ sowie des „Verbindungsoffiziers“ (20. Juli 1944).

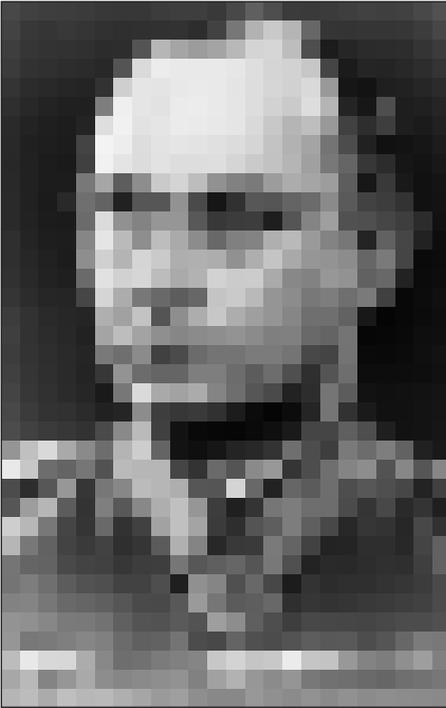
liche Haltung vieler involvierter Offiziere in der Reichshauptstadt wie in den meisten Wehrkreisen auf die ganze Operation fatal aus. Die seit etwa 18 Uhr durchgegebene Rundfunkmeldung, Hitler habe den Anschlag überlebt, sorgte dann dafür, dass die immerhin mancherorts bereits angelaufenen, gegen das Regime gerichteten Militäraktionen abrupt abgebrochen wurden. Lediglich in Wien, Prag und vor allem Paris war wenigstens zeitweilig recht resolut im Sinne des

Umsturzvorhabens vorgegangen worden.

Noch während die Befehle der Aufständischen an die Wehrkreise abgesetzt wurden, hat Hitler die sofortige Niederwerfung des Putsches befohlen. Im so genannten Bandlerblock ließ der inzwischen wieder befreite Generaloberst Fromm die Verschwörer verhaften und gegen sie ein „standgerichtliches Urteil“ wegen „Hoch- und Landesverrats“ ergehen. Kurz nach



Auszug aus dem Fernschreiben der Verschwörer an die Wehrkreise, u.a. zur Bestellung der „Politischen Beauftragten“ (20. Juli 1944).



Friedrich Olbricht.



Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim.

Mitternacht waren Olbricht, von Haeften, Schenk von Stauffenberg und Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim²⁰ liquidiert, während Beck schon kurz zuvor nach seiner ihm zwar zugestandenen, indes vergeblichen Selbsttötung erschossen worden war. Gegen ein Uhr nachts – also schon am 21. Juli – hielt der Diktator dann seine berüchtigte Rundfunkrede, mit der erstmals die Propagandamär von einer nur „ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich unvernünftiger, verbrecherisch-dummer Offiziere“ verbreitet wurde, welche ein Komplott zu seiner Beseitigung geschmiedet hätten und „die jetzt unbarmherzig ausgerottet“ werden würden.²¹

Den Funktionsträgern des Regimes war natürlich völlig klar, dass dieses schwerlich von nur einigen wenigen Offizieren hätte aus den Angeln gehoben werden können. Noch in derselben Nacht kam es in Berlin und überall im Reich zu den ersten Verhaftungen. Die im Reichssicherheitshauptamt umgehend gebildete „Sonderkommission 20. Juli“ nahm binnen kurzem mindestens 600 Personen fest, größtenteils Militärs, aber auch zahlreiche Zivilisten. Vielerorts kam es wie auch in der Reichshauptstadt zu standrechtlichen Erschießungen. Etliche Festgenommene wurden während der Verhöre umgebracht, und manch andere begingen Selbstmord, um zu keinem Verrat gezwungen werden zu können. Die Zahl all dieser Opfer der Erhebung wird sich kaum mehr ermitteln lassen. Über 50 Strafprozesse wurden in der Folge vor dem „Volksgerichtshof“ verhandelt, die zu mehr als 110 Todesurteilen führten. Über nicht wenige dieser Verfahren wurde in der Presse aber gar nicht be-

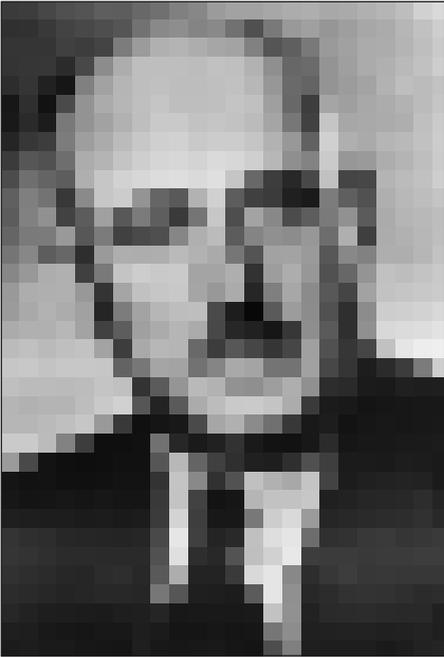
richtet, um nur nicht die Lüge von der angeblich so winzigen Gruppe von in jenen Umsturzversuch involvierten NS-Gegnern ins Wanken zu bringen.²² Dabei war damals tatsächlich nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar geworden, während die zahlreichen seit geraumer Zeit im ganzen Land bestehenden, personell erstaunlich ausgeprägten militärischen und zivilen Widerstandsstrukturen bis zuletzt nur partiell oder vielfach überhaupt nicht enttarnt worden sind.

Der zivile Widerstand hatte auch in Hessen schon früh begonnen

Mitte 1939 bereits hatte einer seiner Freunde Schenk von Stauffenberg gefragt, ob man denn nicht damit beginnen müsse, „im Heer Zellen für den Widerstand gegen das Regime zu bilden“. Der Graf hatte darauf erwidert, dies „wäre wohl in der Arbeiterschaft möglich, in deren altem Stamm die Ablehnung des Regimes verwurzelt sei“, während „den Offizieren“ dagegen „vor lauter Aussicht auf Beförderung die Augen noch nicht aufgegangen“ seien.²³ Der politisch-gewerkschaftliche Widerstand hatte sich tatsächlich noch viel früher und dann sogar auf immer breiterer Basis formiert, wobei ihm allerdings von Anfang an durch fortwährende Verhaftungsschläge schwer zugesetzt worden ist. Und schließlich haben auch noch die andauernden Einberufungen zur Wehrmacht gleichermaßen dazu geführt, dass ständig konspirative Verbindungen abgerissen sind und mühsam aufs Neue geknüpft werden mussten.

Seit Hitlers Machtantritt schon haben die Nazis ihre politischen Gegner unerbittlich verfolgt. Sie wurden in Folterkellern, Gefängnissen und Zuchthäusern drangsaliert sowie in den unverzüglich errichteten Konzentrationslagern. Viele von ihnen sind dort ermordet worden oder haben auf andere Weise ihr Leben lassen müssen, nachdem sie vor dem auf unterschiedlichste Weise als Gestalter der ersten Demokratie auf deutschem Boden gewirkt hatten. Gerade während der Zerfallsjahre der Weimarer Republik waren sie nie müde geworden, vor dem immer bedrohlicher heraufziehenden NS-Faschismus zu warnen und sich den braunen Horden couragiert entgegenzustemmen.²⁴ Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften und dem Verbot bzw. der Selbstauflösung der demokratischen Parteien begann für deren bisherige Repräsentanten zumeist eine viele Jahre anhaltende Verfolgungszeit, unter der in der Regel auch ihre Familienangehörigen schwer zu leiden hatten. Berufsverbote, polizeiliche Überwachung, Hausdurchsuchungen, Vorladungen, Verhöre, Folterungen und fortwährende Inhaftierungen, das war seit Anfang 1933 die bittere Lebenswirklichkeit aller antinazistisch stabil Gebliebenen. Dennoch bildeten diese Kreise unerschrockener Demokraten beständige Keimzellen des antinazistischen Widerstandes – und zwar überall in Deutschland und damit auch in Hessen.²⁵

Einer der herausragenden Köpfe der demokratisch ausgerichteten antinazistischen Widerstandsbewegung war der bedeutende Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, der



Wilhelm Leuschner.

seit 1928 im damaligen Volksstaat Hessen als Innenminister gewirkt hatte.²⁶ Die Konfrontation mit der NSDAP, aber auch mit den Kommunisten hatte der Sozialdemokrat nie gescheut, da es galt, die junge Republik gegen jene erbitterten Feinde zu verteidigen. Zwei Monate nach Hitlers Machtübernahme von seinem Ministeramt zurückgetreten, hatte er zu dieser Zeit schon damit begonnen, mit etlichen altgedienten Mitstreitern eine erste Widerstandsstruktur zu schaffen. Diese konnte zunächst insbesondere im Rhein-Main-Gebiet gut vorangetrieben werden, wo sich für ein Vierteljahrhundert das Zentrum seiner Aktivitäten befunden hatte. Doch bereits nach kurzer Zeit kamen die NS-Verfolger auf die Spur jenes konspirativen, im Kern sozialdemokratischen „Pioniersystems“. Auslöser hierfür war ein

denunziatorischer Bericht, der von einer illegalen Betriebszeitung der Wiesbadener Kommunisten veröffentlicht worden war. Leuschners erste kurzzeitige Inhaftierung erfolgte freilich im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 in Berlin, wohin er inzwischen seinen Wohnsitz verlegt hatte. Durch seine mit ihm in Plötzensee einsitzenden Bundesvorstandskollegen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) ist er damals insgeheim zu ihrem künftigen Anführer bestimmt worden.

Während der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes in Genf im Monat darauf verweigerte Leuschner sich sodann mutig der ihm von den Nazis eigentlich zugedachten Rolle eines Leumundszeugen für deren neu geschaffene Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF).²⁷



Dr. Carlo Mierendorff.

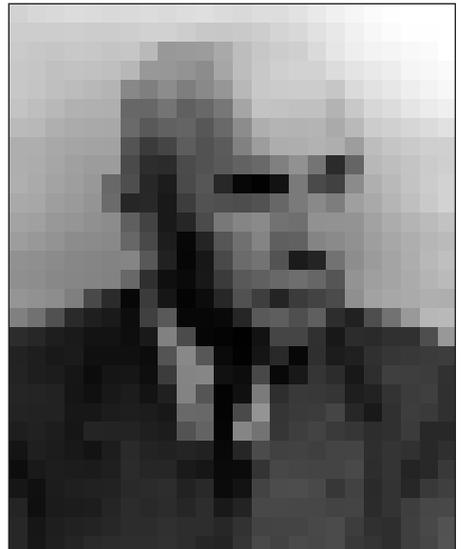
Dies brachte ihm ein ganzes langes Jahr Haft ein, u.a. im Emsland-KZ Börgermoor bei Papenburg. Hier traf er seinen ehemaligen Pressesprecher und Vertrauten aus Darmstädter Tagen Dr. Carlo Mierendorff wieder, der sich ebenfalls früh dem Widerstand angeschlossen hatte und deshalb schon im KZ Osthofen bei Worms geschunden worden war. Ende des Jahres wurden die beiden Freunde in das KZ Lichtenburg im Kreis Torgau überführt. Während Leuschner im Juni 1934 endlich wieder freikam, musste Dr. Mierendorff noch bis zum Februar 1938 als Häftling weiter darben, so auch im KZ Buchenwald und zuletzt im Hausgefängnis der Gestapo-Zentrale in Berlin.

Die Anfänge des reichsweiten Widerstandsnetzwerks um Wilhelm Leuschner

Unverzüglich hatte der soeben aus der Haft entlassene Gewerkschafter seine Widerstandsarbeit wieder aufgenommen. Deutschland war längst in einen Polizeistaat, in ein einziges Zuchthaus verwandelt worden, in dem jede oppositionelle Regung brutal unterdrückt wurde. Angesichts der zahllosen inzwischen verhafteten NS-Gegner, viele darunter aus seiner eigenen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Freundesschar, war Leuschner völlig klar, dass nur mit äußerster Vorsicht gegen das NS-Regime agiert werden durfte. Und er wusste auch: Dieses würde schwerlich durch Streiks oder ähnliche Aktionen aus der Arbeiterschaft, sondern einzig und allein durch einen militärischen Umsturz zu Fall zu bringen sein.

Hierfür müssten allerdings beizzeiten überall in Deutschland auch politisch erfahrene Menschen aus unterschiedlichen, demokratisch gesinnten Gruppierungen zur Verfügung stehen, um in unmittelbarer Folge eines Militärschlages die führenden Positionen in den diversen Zivilverwaltungen wie auch in der DAF zu übernehmen und sodann an der zügigen Rückkehr zur Demokratie mitzuwirken. An der Knüpfung eines solchen zivilen Widerstandsnetzwerks arbeitete Leuschner von Berlin aus seit Mitte 1934 unentwegt.²⁸

Einer seiner verlässlichsten dortigen Freunde war der christliche Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser.²⁹ Mit ihm hatte er sich sogar schon im Jahr zuvor auf einen unnachgiebigen antinazistischen Widerstand und zugleich die Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung verständigt. Deren bisherige Aufsplitterung in eine Vielzahl politisch und weltanschaulich unterschiedlicher Richtungs-



Jakob Kaiser.

verbände sowie dazu noch in zahlreiche Klein- und Kleinstgewerkschaften für mitunter sehr spezielle Berufe sollte endlich überwunden werden, da diese sich spätestens 1933 als so außerordentlich nachteilig für sie alle erwiesen hatte. Auch mit Hermann Schlimme, zuletzt Sekretär beim Bundesvorstand des ADGB, und mit dessen vormaligem Jugendsekretär Walter Maschke ist Leuschner in Berlin alsbald wieder in Kontakt getreten. Im Herbst 1934, so geht aus kurz nach dem Krieg verfassten Berichten Maschkes hervor³⁰, ist dann mit diversen weiteren, vor dem führenden Gewerkschaftsfunktionären sozialdemokratischer Prägung aus allen möglichen Verbänden und Bezirken in ganz Deutschland Verbindung aufgenommen worden, damit diese ihre wichtigsten Vertrauten rechtzeitig darauf vorbereiteten, alles Erforderliche zu veranlassen, um nach einem Umsturz möglichst rasch die gewerkschaftliche Reorganisation in Angriff nehmen zu können.

Zu den von Maschke in diesem Zusammenhang im Auftrag Leuschners aufgesuchten Funktionären gehörten u.a. Heinrich Schliestedt, vormalig Sekretär beim Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sowie dessen langjähriger Vorsitzender Alwin Brandes, desgleichen der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bauwerksbundes Nikolaus Bernhard, der frühere Vorstandsekretär des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes Bernhard Göring, des Weiteren Albin Karl aus Hannover, bis 1933 stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, der einstige Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes Fritz

Husemann in Bochum sowie die beiden späteren DGB-Vorsitzenden Hans Böckler in Köln und Willi Richter³¹ aus Hessen. Letzterer versuchte sich damals in der Reichshauptstadt mit dem Verkauf künstlicher Blumen über Wasser zu halten. Ab Frühjahr 1935 wieder wohnhaft in Frankfurt am Main, wurde der einstige Vorsitzende und zugleich Gewerkschaftssekretär des Darmstädter ADGB hier regelmäßig von Leuschner konspirativ kontaktiert, wie auch er diesen aus demselben Grund gelegentlich in Berlin aufsuchte. Richter ist von seinem langjährigen Freund später dann die Zuständigkeit für die gesamten hessischen Regionen im Rahmen seines reichsweiten Vertrauensleutenetzwerks übertragen worden. Früh bestanden konspirative Verbindungen genauso zu Vertretern der Buchdrucker, der Bekleidungsarbeiter, der Eisenbahner, der Nahrungsmittelarbeiter usw., während ansonsten die von Berlin aus realisierten Verbindungen bis nach Stuttgart und Nürnberg reichten, nach Hamburg, Stettin und Königsberg, Leipzig, Breslau, Jena und natürlich in die Städte und Gemeinden der ganzen Rhein-Main-Region.

Erfordernis strikter konspirativer Tarnung

Jakob Kaiser sowie dessen langjährige Vertraute und spätere Ehefrau Dr. Elfriede Nebgen verband eine enge Freundschaft mit Leuschner und seiner Familie. Man besuchte sich regelmäßig und tauschte sich aus. Kaiser wusste seine eigenen konspirativen Anstrengungen geschickt zu verschleiern, indem er sich ab Ende

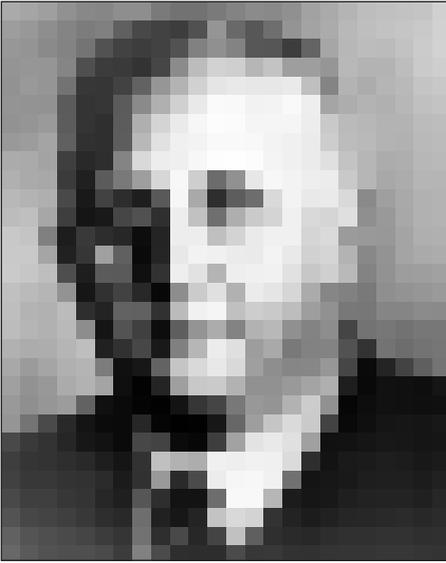
1933 ganz offiziell um die Durchsetzung der sozialen Belange der rund 600 von den Nazis entlassenen Beschäftigten der Christlichen Gewerkschaften einschließlich ihrer Rentner kümmerte, wobei er sich auf umfangreiche Personaldaten stützen durfte.³² Leuschner versuchte es ihm alsbald nachzutun und sich der versorgungsrechtlichen Betreuung der vormals über 6.000 Funktionäre und Beschäftigten des ADGB mitsamt den einstigen Redakteuren seiner Presseorgane anzunehmen. So erlangte auch er Zugriff auf ein reichhaltiges Adressenmaterial, das von eminenter Wichtigkeit war für die Organisierung des Widerstandes reichsweit. Durch den Erwerb eines kleinen Fabrikationsbetriebes für Aluminiumprodukte, Bierzapfanlagen und dergleichen vermochte Leuschner seinen konspirativen Aktionsradius seit 1936 zügig weiter auszudehnen. Akquisitionstouren quer durch Deutschland mit turnusmäßigen Besuchen in Kassel, Marburg, Darmstadt sowie Frankfurt am Main dienten sowohl dem Absatz seiner Produkte als auch der Tarnung der illegalen Arbeit. Patente zur Aluminiumveredlung waren später sogar von wehrwirtschaftlichem Interesse und eröffneten schließlich selbst den Zugang zu militärischen Kreisen, ohne dass Leuschner hierdurch in Verdacht geriet.

Gleichwohl galt es vor den nimmermüden NS-Fahndern auf der Hut zu sein und ständig die allergrößte Vorsicht walten zu lassen. So legte er z. B. seinen Mitstreitern mit Nachdruck den Verzicht auf jedwede Verbreitung antinazistischen Schriftmaterials nahe, da dies immer wieder zu regelrechten Verhaftungsserien geführt hat. Obendrein sorgte er

für eine außerordentlich weit gehende Dezentralisierung und Enthierarchisierung jener sich nun sukzessive formierenden konspirativen Struktur, die somit der Gestapo nur geringfügige Angriffsflächen bot.³³ Als einstigem hessischen Polizeiminister war Leuschner das ganze Repertoire der Tarnung natürlich wohlvertraut, was er sich nun höchst routiniert für seine Arbeit gegen das „Dritte Reich“ zunutze machte.

Ausweitung der zivilen Operationsbasis und frühe Fühlungen mit Militärs

Mit Unterstützung einiger ausländischer bzw. internationaler Gewerkschaftsorganisationen, durch befreundete Arbeiterparteien aus mehreren europäischen Staaten sowie seitens deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokraten im Exil konnte allmählich ein im ganzen Reichsgebiet weit verzweigtes Netzwerk sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Vertrauensleute geschaffen werden. Dieses vermochte man ebenso wie das von Jakob Kaiser und seinen Vertrauten geknüpft, wesentlich kleinere Widerstandsgeflecht christlicher Gewerkschafter mit den Jahren immer mehr zu vergrößern. Leuschner, Kaiser und ihre Mitstreiter sorgten dabei seit etwa Mitte der 1930er-Jahre ständig für die Einbindung noch weiterer Regimegegner nichtkommunistischer Ausrichtung. Hierzu gehörten etwa Max Habermann von der ehemaligen Führungsriege des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der Rechtsanwalt Josef Wirmer vom früheren



Max Habermann.

linken Zentrums-Flügel sowie Ernst Lemmer, einst Reichstagsabgeordneter der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Generalsekretär des kleinen Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie stellvertretender Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dem auch Leuschner angehört hatte.

Bald schon streckte die gewerkschaftliche Zivilopposition ihre Fühler zudem in Richtung einzelner regimekritischer Militärs aus. 1937 kam es auf Bitten Leuschners, Kaisers und Habermanns zu einer Unterredung zwischen dem Marburger Wirtschaftswissenschaftler sowie späteren Gründer des dortigen Instituts für Genossenschaftswesen Professor Dr. Gerhard Albrecht und Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, damals noch Oberbefehlshaber des Heeres. Den Kontakt zu Albrecht hatte der aus der gewerkschaftlichen

Bildungsarbeit kommende frühere Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium und Honorarprofessor Richard Woldt hergestellt, der seit Ende 1934 mit Leuschner und Kaiser in geheimer Verbindung stand. Bei jenem Treffen in von Fritschs Dienst-sitz in der Berliner Bendlerstraße hat Albrecht dem General eine von den Arbeiterführern verfasste Denkschrift überreicht, an der auch Dr. Nebgen mitgewirkt hatte. Darin soll die unwürdige und brutale Behandlung der Arbeiterschaft wie auch der jüdischen Bevölkerung angeprangert sowie die Notwendigkeit einer geeinten nichtkommunistischen Arbeiterbewegung hervorgehoben worden sein. Weitere Ausarbeitungen solcher Art sollen dann auch einige andere ranghohe Militärs erhalten haben.³⁴ Die Anführer der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Zivilopposition waren sich jedenfalls damals schon darin einig, dass ohne militärische Intervention die NS-Terrorherrschaft nicht würde beseitigt werden können.

Zivile Kontaktkreise für den Umsturzfall

Während jener Jahre dehnte Wilhelm Leuschner seinen konspirativen Aktionsradius nach und nach noch weiter aus. Unterstützt wurde er dabei von etlichen Getreuen, von denen einige sogar auf Dauer oder auch nur zeitweilig in seiner Firma beschäftigt waren. Hierzu zählten Hermann Maaß³⁵, früher Geschäftsführer des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände, der einstige Reichstagsabgeordnete Friedrich Ebert, Sohn des 1925 verstorbenen Reichspräsidenten, sowie



Ludwig Schwamb.

Ernst Schnepfenhorst³⁶, vormalig SPD-Vorsitzender in Nürnberg, dessen patentierter Anstichkörper für Bierdruckleitungen Teil der Produktpalette des Betriebes war. Einer seiner wichtigsten Mitstreiter überhaupt war von Beginn an sein hessischer Freund und Vertrauter Ludwig Schwamb³⁷, den man 1933 aus politischen Motiven als Staatsrat im Darmstädter Innenministerium entlassen hatte und der seit dem Sommer des darauf folgenden Jahres als Syndikus der Schuhfabrik Tack in Berlin tätig war. In dessen dortiger Wohnung fanden seitdem des Öfteren geheime Zusammenkünfte von Gesinnungsgenossen statt. Zu ihrem engeren konspirativen Kontaktkreis gehörten z.B. auch der Hamburger Gustav Dahrendorf³⁸, nach kurzzeitiger „Schutzhaft“ im KZ Fuhlsbüttel nun Geschäftsführer einer u.a. in der Reichshauptstadt ansässigen

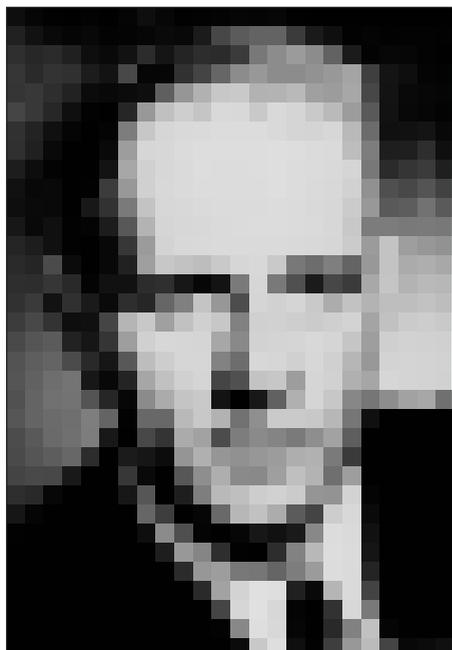
Brikett-Handelsgesellschaft, sowie Dr. Julius Leber³⁹ aus Lübeck, wie Letzterer ehemals Reichstagsabgeordneter der SPD, der nach fast vierjähriger KZ-Haft 1937 wieder freigekommen war und sich sein Geld alsbald gleichfalls in Berlin als Kohlenhändler verdiente.

Nicht zuletzt durch einen weiteren Sozialdemokraten, den von den Nazis ebenfalls 1933 aus dem Hochschuldienst in Halle (Saale) entlassenen Reformpädagogen Dr. Adolf Reichwein⁴⁰, der anschließend als Dorfschullehrer in der Mark Brandenburg gewirkt hat und seit 1939 beim Museum für Deutsche Volkskunst in Berlin beschäftigt war, kam Dr. Leber 1943 zudem in Fühlung mit dem Kreisauer Kreis⁴¹ um Helmuth James Graf von Moltke und Dr. Peter Graf Yorck von Wartenburg. Die um diese beiden, in vielerlei Hin-



Prof. Dr. Adolf Reichwein.

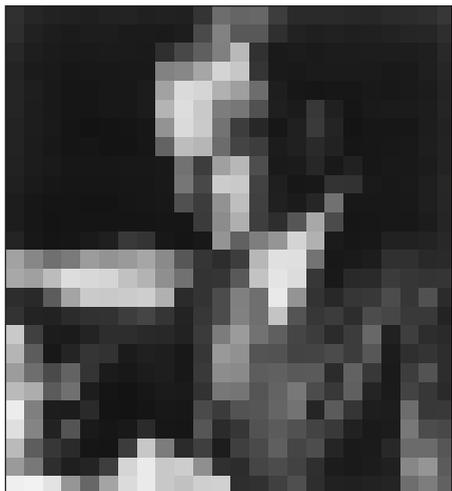
sicht bemerkenswert fortschrittlich positionierten Adeligen ab 1940 versammelten Regimekritiker kamen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen, kirchlichen und politischen Gruppierungen. Sie trafen sich mehr oder minder regelmäßig zu kleineren, mitunter auch etwas größeren Diskussionsrunden in meist wechselnder Zusammensetzung, um Fragen der staatlichen Neuordnung im europäischen Kontext nach dem ersehnten Ende der NS-Diktatur zu erörtern. Auch Leuschner selbst, seine Vertrauten Hermann Maaß und Dr. Carlo Mierendorff⁴² sowie dessen guter Freund und Gefährte seit gemeinsamen Darmstädter Schülertagen Dr. Theodor Haubach⁴³, ein führender Reichsbanner-Aktivist, Pressechef des Berliner Polizeipräsidenten und seit 1934 für fast zwei Jahre im KZ Esterwegen inhaftiert, nahmen in Kreisau bzw. in



Dr. Theodor Haubach.

Berlin an solchen Beratungen teil. Dr. Leber stand am Ende genauso wie Leuschner überdies in Kontakt mit dem nationalkonservativen Oppositionszirkel um Dr. Carl Goerdeler⁴⁴, welcher 1937 aufgrund der jüdenfeindlichen NS-Politik als Leipziger Oberbürgermeister zurückgetreten war. Auch dieser eher ständestaatlich und patriarchalisch orientierte Anhänger einer Erbmonarchie entfaltete rege, gegen das Regime gerichtete Aktivitäten, zum Teil auch vom Ausland aus, wobei er allerdings zuweilen nicht die gebotene Vorsicht erkennen ließ. Dr. Goerdeler stand wiederum in ständigem Gedankenaustausch mit Ludwig Beck. Überhaupt rückten nun die diversen Gruppen der politischen Opposition peu à peu einander näher, auch wenn ihre Kooperation aufgrund der doch recht unterschiedlichen Vorstellungen über die Beseitigung der Hitler-Diktatur und den dann erforderlichen staatlichen Neuaufbau bis zuletzt keineswegs besonders einfach war.

Während er selbst mit Dr. Goerdeler erst ab Herbst 1940 konspirativen Direktkontakt hatte, war Leuschner mit Generaloberst a.D. Ludwig Beck diesbezüglich schon im Oktober 1939 zusammengetroffen. Gleich bei der ersten Unterredung der beiden hatte die Frage im Mittelpunkt gestanden, inwieweit eine Militäraktion gegen Hitler durch einen allgemeinen politischen Ausstand der Arbeiterschaft würde flankiert werden können. Ohne Zögern hatte Leuschner nicht nur die Mitwirkung der von ihm beeinflussten Widerstandskräfte zugesichert, sondern sogleich Boten in die Zentren der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrundbewegung gesandt, um



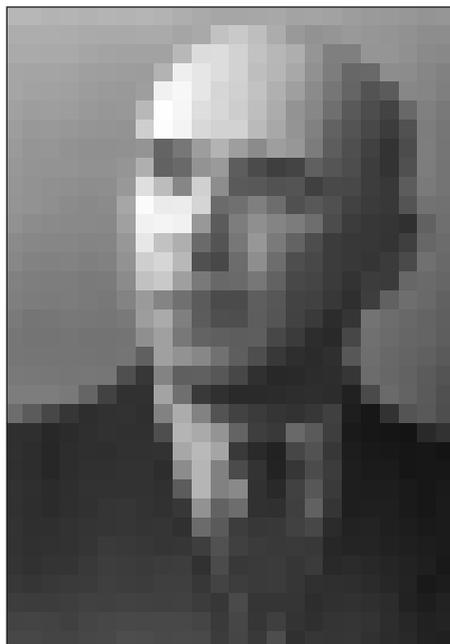
Dr. Carl Goerdeler.

diese auf einen eventuell in Kürze erfolgenden Streikaufruf vorzubereiten. Reichlich enttäuschend war es für Beck, Dr. Goerdeler und Leuschner, die drei wichtigsten Anführer jenes breiten Oppositionsbündnisses, dass beinahe fünf bittere Kriegsjahre vergingen, bis die militärische Seite endlich entschlossen handelte.

Widerstandsstützpunkte in Hessen

Gleichwohl setzte Leuschner auch während jener nicht nur ihn ungeheuer zermürenden Zeit des Abwartens die unabdingbare weitere Verbreiterung der zivilen Basis für den beabsichtigten Umsturz unbeirrt fort, gerade auch in seinem alten hessischen Wirkungsbereich: Die regionale Zentrale der dortigen zivilen Untergrundbewegung des „20. Juli“ befand sich in Frankfurt am Main.⁴⁵ Leiter des lokalen Stützpunktes war der Kriminalbeamte Christian Fries,

ehemals Mitglied der Eisernen Front, einer 1931 von Reichsbanner, ADGB, SPD und anderen Verbänden gebildeten Republiksschutzorganisation. 1937 bereits hatte dieser sich in der Mainmetropole einer Gruppe antinazistisch gesinnter Polizisten angeschlossen, wie auch anderenorts immer mehr Polizeibeamte in jene Konspiration einbezogen wurden. Vom vormaligen hessischen SPD-Landtags- und Reichstagsabgeordneten Jakob Steffan⁴⁶, der nach langjähriger Haft 1940 aus dem KZ Dachau entlassen und bald darauf von Ludwig Schwamb im Auftrag Leuschners für die politische Bearbeitung des Vertrauensleutenetzwerks im Wehrkreis XII südlich der Mainlinie bis zum Neckar hin eingesetzt worden war, erhielt Fries 1943 den Auftrag, in seiner Heimatstadt eine „antifaschistische Organisation“ für die Stunde X zu schaffen. Es gelang ihm



Jakob Steffan.

recht zügig, „ungefähr 40 Personen“ zu erfassen, vielfach ebenfalls noch aktive Polizeibeamte. Nach einer erfolgreichen Militäraktion sollten von diesen die Gestapo und der SD ausgeschaltet, obendrein der Gauleiter, die Kreisleiter sowie die Ortsgruppenleiter mit ihren Stäben festgenommen und zudem der dortige Rundfunksender besetzt werden. Für die Unschädlichmachung der Gestapo z.B. wusste Fries den Frankfurter Polizei-Oberleutnant Adam Arnold mit seiner MG-Kompanie hinter sich.⁴⁷

Auf allen anderen Strukturebenen war eine nicht minder gründliche Vorausplanung erforderlich. Dabei durften aus Sicherheitsgründen stets nur einigen wenigen der als zivile Einsatzkräfte vorgesehenen Mitstreiter brisante Hintergrundinformationen zugänglich gemacht werden. So wurde Willy Knothe⁴⁸, der als seinerzeitiger Vertreter des illegalen Parteivorstandes der SPD für Südwestdeutschland seit 1934 fast drei Jahre lang inhaftiert gewesen war und bald nach Kriegsbeginn erneut konspirativ tätig geworden ist, im September 1943 von Dr. Julius Leber in Berlin damit beauftragt, vorsorglich Listen zur Neubesetzung der wichtigsten kommunalen Ämter in Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt zusammenzustellen. Gleiches galt für die Übernahme der Schlüsselpositionen der DAF durch entsprechend qualifizierte Gewerkschafter. Wenige Jahre später hat Knothe bezeugt, er habe damals an die 50 Personen für eine nicht-nazistisch geführte Frankfurter Stadtverwaltung benennen können, darunter als deren Leiter den Juristen Dr. Karl Altheim und den früheren Vorsitzenden der SPD-Stadtverordnetenfraktion sowie

Stadtdirektor a.D. Karl Kirchner⁴⁹; für die DAF seien von ihm sogar ca. 100 Vorschläge unterbreitet worden. Keiner der von ihm hierfür Ausersehenen habe dabei vom anderen auch nur das Geringste gewusst. Mit allen seien immer nur Vieraugengespräche geführt worden und dies auch nur hinsichtlich der ihnen jeweils zugeordneten Aufgabenbereiche.

Während in Wiesbaden der frühere Wormser Polizeidirektor Heinrich Maschmeyer⁵⁰ als Stützpunktleiter zuständig war, hat in Darmstadt der einstige Vorsitzende der hessischen SPD-Landtagsfraktion Heinrich Zinnkann⁵¹ die Konspiration angeleitet. Dieser, nach dem Krieg u.a. Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Hessen, wurde von Leuschner auf so mancher Geschäftsreise nach dort aufgesucht. Ebenso stand der Gewerkschaftsführer



Heinrich Maschmeyer.

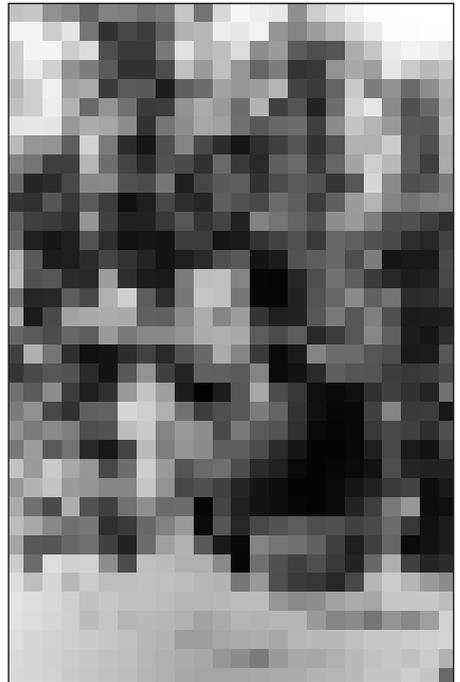
mit vielen weiteren Konfidenten in seiner früheren Heimatstadt in klandestinem Kontakt, etwa mit Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser⁵², einem von der DDP zur SPD übergetretenen vormaligen Reichstagsabgeordneten, der 1933 von den Nazis aus dem Archividienst entlassen worden war. Der berühmte Parteienforscher hat für Leuschner 1942/43 dann sogar zwei überaus beachtenswerte Denkschriften zur demokratischen Rekonstruktion nach Hitler verfasst.

Das Prinzip „der Geheimhaltung und des aufgeteilten Vertrauens“ im militärisch-zivilen Widerstandsgeflecht

Auch Leuschner selbst kannte in dem unter seiner maßgeblichen Führung geschaffenen, nach wie vor sozialdemokratisch-gewerkschaftlich dominierten Vertrauensleutenetzwerk lediglich die Hauptakteure, jedoch längst nicht alle bei einem Umsturz bereitstehenden Mitstreiter auf sämtlichen Strukturebenen. Deren weitgehende wechselseitige Abschottung war eines der Grundprinzipien bei der Vorbereitung des „20. Juli“. So wollte man verhindern, dass Verhaftete unter der Folter womöglich die gesamte Konspiration oder auch nur größere Teile davon würden preisgeben können.

Der zum engsten Verschwörerkreis zählende frühere Berliner Polizeivizepräsident bzw. stellvertretende Oberpräsident der Provinzen Ober- und Niederschlesien Oberleutnant Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg⁵³, der ebenfalls am Abend des

Umsturzversuchs im Bendlerblock verhaftet worden ist, hat den NS-Verhörer Spezialisten offenbart, dass dem militärisch-zivilen Widerstand ein „differenziertes System der Unterrichtung“ zugrunde gelegen habe. Nur „ganz wenige Personen“ hätten Kenntnis gehabt von bestimmten hochbrisanten Dingen wie etwa der Sprengstofffrage. Eine etwas größere, dennoch sehr klein gehaltene Gruppe sei „in den Attentatsplan eingeweiht“ gewesen. Einen „etwas weiteren Kreis“ wiederum habe man darüber informiert, „dass ein gewaltsames Unternehmen gestartet werden sollte“, wobei die Ausschaltung Hitlers offen geblieben sei. Darüber hinaus habe es einen „Kreis von Personen“ gegeben, „mit denen nur über den Ernst der Lage“ bzw. über die „Notwendigkeit des militärischen



Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg.

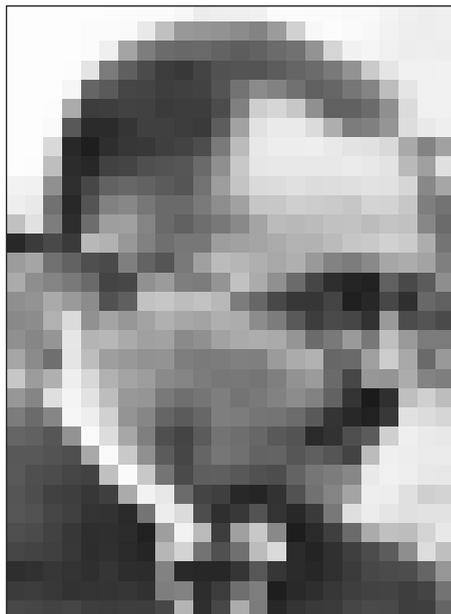
Ausnahmestandes“ gesprochen worden sei. Dabei habe jeder Einzelne ohnehin ausschließlich die für seinen unmittelbaren Aufgabenbereich nötigen Informationen erhalten. Dieses „konspirative System der Geheimhaltung und des aufgeteilten Vertrauens“ habe bis in die oberste Führungsebene Anwendung gefunden.⁵⁴

Die beiden erstgenannten Gruppen sind am 20. Juli 1944 aktiv hervorgetreten. Zur dritten Gruppe gehörten die für die einzelnen Wehrkreise bestimmten „Verbindungsoffiziere“ und „Politischen Beauftragten“, die erst am Abend herangezogen werden sollten. Diese waren auf Drängen u.a. von Generaloberst a.D. Beck bereits 1943 listenmäßig erfasst worden. Die vierte Kategorie war der Kreis der schließlich zur Flankierung des Ganzen allerorten zu mobilisierenden zivilen Vertrauensleute. Diese verfügten über konspirative Verbindungen zu weiteren oppositionellen Gruppen und Einzelpersonen in Stadt und Land, welche dann noch zu aktivieren gewesen wären. Dies betraf vor allem die zahlreichen Stützpunkte von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, aber auch viele bis dahin meist autonom gebliebene, eher bürgerlich geprägte Oppositionszirkel und da und dort noch bestehende winzige Reste linkssozialistisch bzw. pazifistisch ausgerichteter Gruppierungen. Nicht nur in den Großstädten Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und dem damals noch zu Hessen gehörenden Mainz war das informelle Kontaktnetz der zivilen Widerständler wohlorganisiert. Es war überdies in Hanau, Offenbach und Neu-Isenbuch verankert, in Butzbach, Fried-

berg, Gießen und Marburg, und es erstreckte sich sogar bis in viele kleine und kleinste Gemeinden, zumal in Süd- und Rheinhessen. Allein für das Rhein-Main-Gebiet konnten bislang Gruppen mit mindestens 550 Regimegegnern nachgewiesen werden, die nach einer erfolgreichen Militäraktion hätten auf den Plan gerufen werden können.⁵⁵ Im gesamten Reichsgebiet dürften – realistisch geschätzt – mehrere Tausend nichtmilitärische Oppositionelle auf das entsprechende Signal gewartet haben, um dann ebenfalls hervorzutreten und sich den neuen Befehlshabern vor Ort für das weitere, gemeinsame Vorgehen gegen das Unrechtsregime zur Verfügung zu stellen.

„Verbindungsoffiziere“ und „Politische Beauftragte“ auch für die beiden hiesigen Wehrkreise

Zum „Verbindungsoffizier“ zwischen den Widerstandskräften in der Reichshauptstadt und denen beim Stellvertretenden Generalkommando des Wehrkreises XII Wiesbaden, zuständig u.a. für das westliche Rhein-Main-Gebiet, den Westerwald, die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, Rheinhessen, die Pfalz und das Saarland, war Hauptmann Hermann Kaiser⁵⁶ bestimmt worden, im Zivilberuf Studienrat an der Wiesbadener Oranienschule. In seiner neuen Funktion hätte der nationalkonservative Patriot zugleich als Bindeglied zwischen den militärischen und zivilen Regimegegnern in jener Region wirksam werden sollen, während er bis

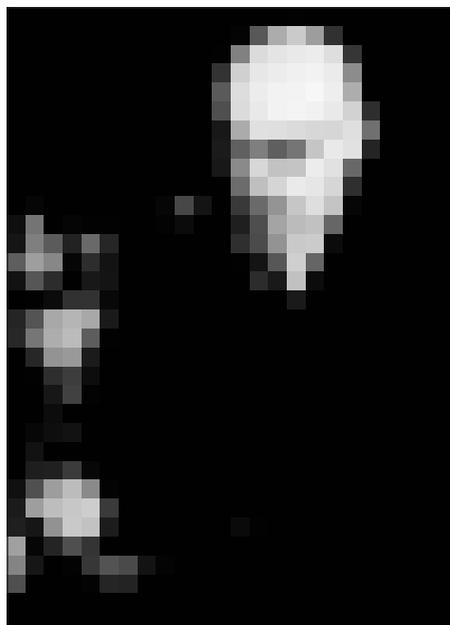


Hermann Kaiser.

dahin in Berlin nicht nur Kriegstagebuchführer beim Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fromm gewesen ist, sondern darüber hinaus in ständigem Kontakt gestanden hat mit den militärisch-zivilen Spitzengruppen des „20. Juli“-Widerstandes generell. In Wiesbaden war Kaiser z.B. über den mit ihm befreundeten Kaufmann Ludwig Schwenck mit einer deutlich bürgerlich geprägten Oppositionsgruppe um den späteren dortigen CDU-Kämmerer Heinrich Roos konspirativ verbunden.⁵⁷ Als „Politischer Beauftragter“ hätte im Wehrkreis XII der Sozialdemokrat Ludwig Schwamb hervortreten sollen, der für Leuschner oftmals auch als Kurier in ganz Deutschland im Einsatz gewesen ist. In der Reichshauptstadt ausgebombt, war der frühere Verwaltungsjurist im Frühjahr 1943 nach Frankfurt am Main umgezogen, von wo aus er fortan die Widerstandarbeit im Be-

reich der späteren Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland unmittelbar angeleitet hat. Als Schwams „Unterbeauftragter“ für Letzteres hatten die Verschwörer den einstigen Zentrums-Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden der katholischen Bergarbeitergewerkschaft in Neunkirchen-Saar Bartholomäus Koßmann⁵⁸ aus-
ersehen.

Auch im Wehrkreis IX Kassel, welcher von Nordhessen bis nach Frankfurt am Main reichte und zudem noch ungefähr das Gebiet Thüringens umfasste, sollten jene eminent umsturzrelevanten Positionen mit hochkarätigen, wenngleich durchaus nicht immer unumstrittenen Fachleuten besetzt werden: Als „Politischer Beauftragter“ hätte dort nämlich der einstige erste Reichswehrminister der Weimarer Republik Gustav Noske⁵⁹ herangezogen



Bartholomäus Koßmann vor dem „Volksgerichtshof“.

werden sollen, dem wegen seines rigorosen Vorgehens gegen linksradikale Aufständische während der Revolution 1918/19 bis heute der Beiname „Bluthund“ anhaftet. Aber insbesondere aus seiner Zeit als Oberpräsident der Provinz Hannover seit 1920 brachte der ab 1933 in Frankfurt am Main als Ruheständler lebende SPD-Politiker einen reichhaltigen verwaltungsmäßigen Erfahrungsschatz mit, der ihn für die ihm auf Vorschlag Leuschners zugedachte künftige Aufgabe – sieht man einmal von seinem doch recht vorgerückten Alter ab – als durchaus geeignet erscheinen ließ. Genau so galt dies für den einstigen SPD-Reichstagsabgeordneten und thüringischen Ministerpräsidenten August Frölich⁶⁰, den Leuschner als Noskes „Unterbeauftragten“ durchgesetzt hatte. Und auch der als „Verbindungsoffizier“ für den Wehrkreis IX vorgesehene Oberstleutnant Ulrich Freiherr von Sell⁶¹ verfügte nicht nur über Kontakte zu etlichen Widerständlern von Belang, sondern konnte als vormaliger militärischer Adjutant des während des Ersten Weltkrieges für eine Kooperation von Rechts- und gemäßigten Linkskräften eintretenden Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg sowie als Vermögensverwalter des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. in dessen niederländischem Exil gleichfalls auf eine Vielzahl von Fachkenntnissen zurückgreifen, die ihn prädestinierten für jene wichtige Mittlerrolle zwischen den beiden Flügeln der Umsturzbewegung.

Zur Befolgung der Berliner Befehle in Hessen

Gemäß dem „Walküre“-Operationsplan sandte Generaloberst Erich

Hoepner, der von den Verschwörern für kurze Zeit als Befehlshaber des Ersatzheeres an die Stelle des sich ihnen widersetzenden und deshalb ohne Umschweife festgenommenen Fromm gerückt worden war, am Abend des 20. Juli geheime Fernschreiben an die diversen Wehrkreise zur sofortigen Heranziehung eben jener „Politischen Beauftragten“ und „Unterbeauftragten“ sowie der „Verbindungsoffiziere“. Der Wiesbadener Adressat jenes Fernschreibens war der Chef des dortigen Generalstabes, Generalmajor Erwin Gerlach, auf dessen Unterstützung die Verschwörer setzen konnten.⁶² Allerdings führte der hier wie vielerorts sonst doch sehr verzögerte Empfang der Berliner Befehle dazu, dass auch von den Militärs in der einstigen Weltkurstadt nichts mehr unternommen wurde. Im Übrigen war das Scheitern der ganzen Aktion bald allseits unverkennbar geworden, und offenbar hat Hoepner zudem noch dem stellvertretenden Kommandierenden General in Wiesbaden ausrichten lassen, er wolle ihn nicht in Konflikt bringen, weshalb er ihm die Entscheidung überlasse, wie zu verfahren sei.⁶³

Zu den Vorgängen im Wehrkreis IX Kassel ist dank einiger Berichte damals Beteiligter etwas mehr bekannt.⁶⁴ So liefen seit Jahren verdeckte Verbindungswege aus der Reichshauptstadt dorthin, für die z.B. wiederum Hauptmann Kaiser, aber auch dessen jüngerer Bruder Ludwig⁶⁵ gesorgt haben. Ludwig Kaiser war in der Heeresrechtsabteilung im OKH als Oberkriegsgerichtsrat eingesetzt, ist ansonsten jedoch in Kassel ansässig gewesen. In Berlin pflegten beide regen Kontakt etwa mit Dr. Goerdeler, den Generalen Beck und Olbricht

sowie mit Oberst Graf Schenk von Stauffenberg. Vordem zwar nicht eingebunden in die nordhessische Konspiration war Oberst Claus-Henning von Plate, der seinerzeitige Chef des Kasseler Generalstabes, aber er ist vom mit ihm gut bekannten Schenk von Stauffenberg zu Recht als verlässlich eingeschätzt worden. Dagegen waren von Plates damals erkrankter Vorgänger in jener Funktion Generalmajor Ludwig von Nida⁶⁶ und einige andere in das Unternehmen sehr wohl eingeweiht. Die hier ebenfalls erst am Abend eingetroffenen Befehle aus Berlin haben immerhin dazu geführt, dass bereits Vorbereitungen zur Festnahme der Funktionsträger des Regimes getroffen und Truppen in Alarmbereitschaft versetzt worden sind, welche sodann Gestapo, SS und SD hätten neutralisieren sollen. Aber alles dies wurde sofort gestoppt bzw. wieder rückgängig gemacht, als auch in Kassel des Nachts das Scheitern von Attentat und Umsturzversuch ersichtlich geworden ist.

Auch manch andere Aktionen zumal in der Rhein-Main-Region scheinen recht gut vorbereitet gewesen bzw. sogar schon angelaufen zu sein, konnten aber gleichfalls nicht zum Tragen kommen: So sind in Mainz, einem der strategisch wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Deutschlands, durch die von ihrem früheren Bezirksleiter Anton Calujek⁶⁷ angeleiteten Gewerkschaftskollegen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands offenbar alle für einen Streik erforderlichen Voraussetzungen geschaffen worden.⁶⁸ Ein solcher Bahnstreik hätte nach dem Kalkül Leuschners und seiner Mitstreiter als Initialzündung dienen sollen für einen Generalstreik zur Unter-



Anton Calujek.

stützung der antinazistischen Militäraktion auf Reichsebene. Tatsächlich soll damals im Reichsbahnausbesserungswerk Mainz sogar ein punktueller Streik ausgebrochen sein. Über diesen war Näheres jedoch bislang genauso wenig in Erfahrung zu bringen wie über die Besetzung des Frankfurter Hauptbahnhofs, des dortigen Rundfunks sowie der Post- und Telegraphenämter durch Aufständische.⁶⁹

Wenn das Umsturzunternehmen hingegen von Erfolg gekrönt gewesen wäre,

dann wäre zwar zunächst eine Militärdiktatur errichtet worden, die aber – darin waren sich die zivilen und die militärischen Verschwörer völlig einig – nur von kurzer Dauer hätte sein sollen. Vielmehr wollte man ziemlich bald die Macht im

Staate einer von sämtlichen demokratischen Anti-Nazi-Kräften getragenen, jedoch noch nicht frei gewählten Zivilregierung übergeben, durch die der Prozess der Re-Demokratisierung zu initiieren und dann Schritt für Schritt weiter voranzutreiben gewesen wäre. Zu deren vordringlichsten Obliegenheiten sollten rundum durchgreifende Entnazifizierungsmaßnahmen genauso gehören wie die Vorbereitung einer neuen freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung auf der Grundlage einer entsprechenden Reichsverfassung und zu guter Letzt, d.h. nach einer gewissen, der Stabilisierung der Verhältnisse dienenden Übergangszeit, die Durchführung erster allgemeiner und freier Wahlen, und zwar ausgehend von der kommunalen Ebene über die der Kreise und Länder bzw. Provinzen bis hin schließlich zur Reichsebene.

Auch jene erste nichtnazistische Reichsregierung nach dem Umsturz ist von den Frondeuren längst rekonstruiert worden. Die später rekonstruierten Varianten der Kabinettslisten⁷⁰ belegen eindrucksvoll nicht nur das Primat der zivilen Opposition, sondern auch das Faktum, dass bemerkenswert viele Hessen bzw. von hier stammende Vertraute Wilhelm Leuschners für die höchsten Regierungsämter eingeplant waren: So war Generaloberst a.D. Ludwig Beck als Staatsoberhaupt vorgesehen, während der Gewerkschaftsführer selbst Vizekanzler werden sollte. Womöglich hätte Leuschner nach einer Weile entweder dem schwer erkrankten Beck ins Präsidentenamt nachfolgen oder aber Dr. Goerdeler ablösen sollen, der nach dem Wunsch etlicher Beteiligter sowieso nur für die erste Zeit als Reichskanzler ausersehen war. Prof.

Dr. Reichwein wäre vielleicht an die Spitze des Kultusministeriums gerückt, für das Hermann Kaiser als Staatssekretär und Prof. Dr. Bergsträsser – „wohl als Gegengewicht“, wie er später einmal konstatiert hat⁷¹ – ebenfalls für eine führende Position im Gespräch gewesen sind. Solange der Krieg noch nicht hätte beendet werden können, wäre Dr. Theodor Haubach als Propagandaminister in Betracht gekommen, jedenfalls seit Dr. Mierendorffs Tod während eines Luftangriffs auf Leipzig Ende 1943.

Auch sonst hätten Leuschner und viele seiner Getreuen in ganz Deutschland und somit auch in Hessen in verantwortliche Positionen auf höchster Ebene rücken sollen: Er selbst hätte zusätzlich zu seiner Regierungsfunktion die Leitung der von ihm während seiner zehnjährigen Untergrundarbeit sorgsam konzipierten, nach Industriegruppen strukturierten, ansonsten strikt zentralistischen „Deutschen Gewerkschaft“ übernommen.⁷² Als seine beiden Stellvertreter standen Jakob Kaiser und Max Habermann gleichermaßen seit Jahren fest. Jene dezidiert antinazistisch-demokratisch ausgerichtete Großorganisation wäre eine allumfassende, d.h. sämtliche früheren politisch wie weltanschaulich unterschiedlichen Gewerkschaftsrichtungen integrierende, auf Pflichtmitgliedschaft aller Lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten über 18 Jahren beruhende Einheitsgewerkschaft gewesen, die insofern eine dominierende gesellschaftliche Stellung besessen haben würde. Sie hätte für Sozial- und womöglich zudem Arbeitslosenversicherung ebenso zuständig sein sollen wie für die Arbeitsvermittlung, für das Weiterbildungs-

wesen genauso wie für bestimmte Produktivgenossenschaften in Arbeiterselbstverwaltung und vieles andere mehr und würde sich daher vom 1949 dann ins Leben gerufenen DGB markant unterscheiden haben. Während Willy Knothe alsbald die Führung jener Gewerkschaft für ganz Hessen übernommen hätte, wäre Willi Richter höchstwahrscheinlich eine entsprechende gewerkschaftliche Leitungsaufgabe in Berlin übertragen worden. Jakob Steffan hätte bestimmt in seinem vormaligen konspirativen Wirkungsbereich als Regierungspräsident oder in anderer Funktion als Mitglied der neuen dortigen Zivilregierung Verwendung gefunden, und Ludwig Schwamb wäre konsequenterweise Regierungschef in Hessen-Nassau geworden, wenn nicht anschließend sogar Ministerpräsident in einem nach Leuschners Vorstellungen neu gebildeten größeren Land Hessen.

Wenn der Coup d'État gelungen wäre, dann hätte an allererster Stelle der vielfältigen, unverzüglich in Angriff zu nehmenden Aufgaben „die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts“ gestanden, wie der Regierungserklärung von Beck und Dr. Goerdeler zu entnehmen ist, die per Rundfunk zu verkünden beabsichtigt war. Jener Verlautbarung zufolge wären die Konzentrationslager „sobald wie möglich aufgelöst, die Unschuldigen entlassen“ und „Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugeführt“ worden. Selbstverständlich „sofort“ einstellen wollte man „die Judenverfolgung, die sich“ - man war genau im Bilde über diesen Völkermord - „in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wieder gutzumachenden Formen vollzogen

hat“. Gesühnt werden sollten außerdem die „in den besetzten Gebieten hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe“ begangenen „Verbrechen aller Art“. Überhaupt wollte man „die Grundlagen der Sittlichkeit wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie öffentlichen Lebens“. Auf solche Weise hofften die Umstürzler, „die Grundlage für eine gesicherte Zukunft auch unseres Volkes in einer wieder von Vertrauen, von gesunder Arbeit und friedlichen Gefühlen erfüllten Völkerfamilie“ zu schaffen.⁷³

Sicherlich haben die Verschwörer damit gerechnet, weitere Kriegsoffer vermeiden zu können, wenn sie zuvörderst die von der Wehrmacht im Süden, Westen und Norden okkupierten Gebiete räumen würden. Gleichzeitig aber gedachten sie, die „dauernde Verteidigungsfähigkeit im Osten“ aufrechtzuerhalten. Obendrein gaben sie sich der Illusion hin, es könnten sich dort die „Reichsgrenzen von 1914“ ebenso bewahren lassen wie die Existenz der Alpen-, Donau- und Sudetengäue. Nicht minder utopisch war die Vorstellung, die Besetzung des Reichsgebietes durch die Alliierten sei noch zu umgehen und man werde „bei der Abfassung von Waffenstillstandsbedingungen und bei der Vorbereitung und Gestaltung des Friedens“ mitwirken können. Solche irrationalen Vorstellungen hatte zumindest Hauptmann Hermann Kaiser Anfang 1944 in seinem Tagebuch festgehalten. Aber er hatte dort auch durchaus visionär die Bildung einer „freien Regierung mit eigener selbstgewählter Verfassung“, ein „Mitwirken am Wiederaufbau Europas“, die „Wiedergewinnung von Ehre, Selbstachtung und Achtung!!!“ sowie die „Selbstabrechnung mit

Verbrechern im Volk!!!“ als weitere gewichtige Gründe notiert, die für ihren Umsturzplan sprächen.⁷⁴

Hätte der Aufstandsversuch des „20. Juli“ Erfolg gehabt, dann wären viele der darin involvierten Zivilisten und Militärs nicht der diesbezüglichen „Sonderkommission“ bzw. den Blutrichtern des „Volksgerichtshofs“ zum Opfer gefallen, was u.a. für Prof. Dr. Adolf Reichwein, Ludwig Schwamb, Dr. Theodor Haubach, Hermann Kaiser, Dr. Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner gilt, die alleamt hingerichtet worden sind. Dagegen erlebten manch andere ihrer Gesinnungsfreunde infolge glücklicher Fügungen das Ende des „Dritten Reiches“ vergleichsweise unbeschadet, so z.B. Gustav Noske, Bartholomäus Koßmann und August Frölich. Auch wären bei einem Gelingen der Militäraktion dann etliche derer, auf deren anschließende Mitwirkung die Verschwörer gehofft haben, nicht durch die wenige Wochen darauf reichsweit durchgeführte Festnahmeaktion „Gitter“ bzw. „Gewitter“⁷⁵ ergriffen und oftmals monatelang ihrer Freiheit beraubt worden, wofür Anton Calujek hier nur ein Beispiel ist. Jakob Steffan dagegen ist in jenem Sommer 1944 bereits wenige Stunden nach seiner Gefangennahme wieder freigelassen worden. Auch der geraume Zeit vor ihm schon vorgeladene Willi Richter hatte ebenfalls nach kurzer Vernehmung nach Hause gehen dürfen, wohingegen etlichen seiner Freunde und Kollegen das KZ nicht erspart geblieben ist. Nicht wenige davon sind an den katastrophalen Haftbedingungen dort zugrunde gegangen, kamen während der so genannten Todesmärsche in der Endphase der NS-Herrschaft ums Leben oder sind noch kurz vor Einmarsch

der Alliierten liquidiert worden. Karl Kirchner allerdings hatte sich der drohenden Verhaftung entziehen können. Und Willy Knothe war sogar Anfang September die Flucht aus dem Frankfurter Gefängnis geglückt, wonach er sich über ein halbes Jahr lang – bis zum Eintreffen der Amerikaner – im nahen Offenbach verborgen hielt. Auch Jakob Kaiser ist nach dem Scheitern der Aktion wie so viele andere auf Tauchstation gegangen, und zwar in einem Kellerdomizil in Potsdam-Babelsberg, wo er unterstützt von einigen Helferinnen und Helfern, darunter seine treue Mitstreiterin Dr. Elfriede Nebgen, die widrigen Zeitläufte überstanden hat.

Die außerordentlich breite Basis der „20. Juli“-Erhebung konnte jedenfalls von den NS-Fahndern allenfalls rudimentär aufgedeckt werden. Zahllose militärische und zivile Konfidenten der von den Schergen des Regimes tatsächlich nur in einem sehr geringen Umfang gefassten Regimegegner sind bis zuletzt unerkannt geblieben, was einmal mehr die nahezu perfekte konspirative Absicherung ihrer Widerstandsstrukturen beweist wie auch die schier unglaubliche Standhaftigkeit Leuschners und der meisten anderen der wie er während ihrer Verhöre fürchterlich gefolterten Verschwörer.

Der demokratische Neubeginn wurzelte im zuvor geleisteten Widerstand

Nachdem die Alliierten Deutschland vom Nazi-Terror befreit hatten, konnte hier recht zügig die Wiederherstellung⁷⁶ demokratischer Ver-

hältnisse in Angriff genommen werden, wenn auch nur in den westlichen Besatzungszonen. Es waren gerade die Vertreter des zivilen Widerstandes, die sich nun allerorten – über die Parteigrenzen hinweg – für die politische und die gewerkschaftliche Erneuerung ins Zeug legten. Aus dem schließlich zuvor nicht selten gemeinsam geführten Kampf gegen das NS-Regime, aber auch aus der gleichermaßen erlittenen Verfolgungs- bzw. Inhaftierungszeit brachten sie jenen antinazistisch-demokratischen Grundkonsens mit, der für diese Neugestaltung unabdingbar war. Dass für sie ein Ständestaat oder eine wie auch immer rechtsautoritäre Regierungsform, wie dies zuvor von manchen ultrakonservativen Widerständlern favorisiert worden war, genauso wenig in Frage gekommen wäre wie eine kommunistische Diktatur, daran haben die Sozialdemokraten und Gewerkschafter ebenso wie die liberalen und die christlichen Demokraten, die in den Jahren des Widerstandes zueinander gefunden hatten, keinerlei Zweifel aufkommen lassen. Und zum Glück sind sie durch die Westalliierten bei jenem beharrlichen, schrittweisen Re-Demokratisierungsprozess, der im Prinzip ein Kampf um die Hirne und Herzen der deutschen Bevölkerungsmehrheit war, auf sehr vielfältige und nachhaltige Weise unterstützt worden.

Der spätere Wiesbadener Oberbürgermeister und hessische Landtagspräsident Georg Buch, der wegen seines Widerstandes selbst etliche Jahre Gefängnis- und KZ-Haft hatte erleiden müssen, hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die politischen Weichen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor

allem von den vorherigen Gegnern des „Dritten Reiches“ und auch von solchen Politikern gestellt worden seien, die während jener finsternen Zeit wenigstens innerlich standhaft geblieben sind. Für die Richtigkeit dieser Feststellung ließen sich zahlreiche Beispiele aus der Kommunal- wie aus der Landespolitik anführen, etwa die Zusammensetzung der beiden hessischen Vorparlamente, des Beratenden Landesausschusses und der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen also, aber auch die des ersten, am 1. Dezember 1946 endlich wieder frei gewählten Hessischen Landtages.⁷⁷ Wenngleich in diesem Kontext sehr viele Personen zu erwähnen wären – und dabei natürlich meistens solche, die nicht dem Umfeld des „20. Juli“, sondern anderen Widerstandsstrukturen entstammten –, soll dieser Sachverhalt hier zumindest an einigen wenigen



Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser.

Politikern beispielhaft verdeutlicht werden, welche vordem auf die eine oder andere Weise in das Widerstandsnetzwerk Wilhelm Leuschners eingebunden gewesen sind:

So ist Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser von der US-Militärregierung schon sehr bald, wiewohl nur für kurze Zeit als Regierungschef für den früheren Volksstaat Hessen eingesetzt worden, um sodann von 1946 bis 1948 in Darmstadt als Regierungspräsident zu wirken. Obendrein hat er sich Meriten nicht nur als Mitverfasser unserer Landesverfassung, sondern 1948/49 auch unseres Grundgesetzes erworben, und er gehörte zudem zu den Initiatoren unseres staatsbürgerlichen Bildungswesens generell. Auch Willi Richter hat sich durch seinen unermüdlichen Einsatz keineswegs nur bei der Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung in Hessen verdient gemacht, sondern gleichermaßen durch seine Mitwirkung in



Willi Richter.

den beiden genannten Vorparlamenten sowie im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes von 1947 bis 1949, fernerhin als Bundestagsabgeordneter bis 1957 und endlich auch als DGB-Bundesvorsitzender von 1956 bis 1962, wobei er mit Fug und Recht als Vater der Renten- und Sozialreform zu würdigen ist. Der mit Richter während der NS-Zeit als Mitglied einer nur sehr kleinen regionalen Solidargemeinschaft christlicher Gewerkschafter auch konspirativ verbundene letzte Vorsitzende des Zentralverbandes Christlicher Lederarbeiter Josef Arndgen⁷⁸ trat seit 1945 ebenfalls als Reorganisator des Gewerkschaftswesens auf nun einheitlicher Grundlage hervor. Zudem war er einer der Mitbegründer der hessischen CDU, engagierte sich als Landtags- und als Bundestagsabgeordneter und hatte obendrein von 1947 bis 1949 als Hessischer Minister für Arbeit und Wohlfahrt gewirkt. Und Willy Knothe erwarb sich seit 1945 Anerkennung u.a. als einer der Lizenziaten der „Frankfurter Rundschau“, als Vorsitzender der SPD dort wie auch auf Landesebene, ebenso als Mitglied von Beratendem Landesausschuss und Verfassungberatender Landesversammlung, als Abgeordneter des Hessischen Landtages sowie bis zu seinem Tod im Jahr 1952 auch des Deutschen Bundestages.

Mit dem einem christlichen Sozialismuskonzept verpflichteten Jakob Kaiser gehörte 1948/49 - neben Bergsträsser - ein weiterer gewichtiger Mitstreiter Wilhelm Leuschners im antinazistischen Widerstand dem Parlamentarischen Rat zur Ausarbeitung unseres Grundgesetzes an, wengleich er als West-Berliner Abgeordneter kein



Willy Knothe.

Stimmrecht dort besaß. Kaiser hatte erst kurz zuvor der sowjetischen Besatzungszone den Rücken gekehrt, wo er seine Prinzipienfestigkeit vor allem bei der gewerkschaftlichen Neugründung wie auch als führender Mitbegründer und Vorsitzender der dortigen CDU abermals unter Beweis gestellt hatte. Seit 1949 stand er an der Spitze der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU, für die er zugleich als Bundestagsabgeordneter, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und stellvertretender Parteivorsitzender agierte.

Beide Leuschner-Freunde, Willi Richter aus Hessen und der Nicht-hesse Jakob Kaiser, haben genauso wie die hier Vorgenannten und so viele andere ausgewiesene Gegner des NS-Regimes gleichermaßen entscheidend dazu beigetragen, dass sich unsere Bundesrepublik tatsächlich zu einem stabilen demo-

kratischen und sozialen Staatswesen zu entwickeln vermochte, ganz so wie es Artikel 20, Absatz 1 unseres Grundgesetzes seit nunmehr 65 Jahren proklamiert.

All dies gilt es immer wieder aufs Neue zu vergegenwärtigen. Niemals dürfen wir aus dem Blick verlieren, dass Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit von unseren Altvorderen nur unter großen Opfern errungen wurden und von uns in deren Nachfolge beständig weiterentwickelnde, kostbare Güter sind. Die Basis unserer Demokratie sind das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen wie zu den Menschenrechten generell, die gleichen Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Bereitschaft zum politischen und sozialen Engagement. Sozialstaatlichkeit und solidarisches, gemeinnütziges Handeln haben hierbei unabänderlich Richtschnur für sämtliche Demokraten zu sein, was überhaupt für unser Einvernehmen im Grundsätzlichen gelten muss. Diese geschichtlichen Lehren sind durch unser politisches Bildungswesen immer wieder neu zu thematisieren und zu popularisieren, welches - wie Prof. Dr. Bergsträsser bereits 1942 in seiner für Wilhelm Leuschner verfassten Denkschrift zur „Wiederherstellung“ demokratischer Verhältnisse in Deutschland kategorisch erklärt hat - allein die Grundlage dafür bieten wird, „auf der ein parlamentarisches System auf lange Zeit bestehen und fruchtbar arbeiten kann“.⁷⁹ Alles in allem ist dies ein dauerhaft aktuelles Gebot unseres politischen Selbstverständnisses, auch wenn der Umsturzversuch des „20. Juli 1944“ nun schon so viele Jahre zurückliegt.

Anmerkungen

- 1 Heute Kętrzyn in der polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren.
- 2 Zum horrenden Ausmaß der Deportationen und Ermordung allein der jüdischen Bevölkerung Deutschlands, ohne Berücksichtigung aller sonstigen Morde dort und im übrigen Europa, siehe z.B.: Alfred Gottwaldt, Diana Schulle: Die „Juden deportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005.
- 3 Zu den diversen Anschlägen bzw. Umsturzversuchen sowie insbesondere zu dem vom 20. Juli 1944 siehe: Peter Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4., neu überarb. u. erg. Ausg. München, Zürich 1985; vgl. auch: Joachim Fest: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli. Berlin 1994, sowie: Kurt Finker: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin 1994.
- 4 Vgl.: Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 (RGBl. 1935, I., S. 369 ff.) u. Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 (RGBl. 1935, I., S. 609 ff.); siehe auch: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 45 f.
- 5 Dazu näher: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 55–62; Manfred Overesch u.a.: Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Augsburg 1991, S. 420 f.
- 6 Vgl. hierzu: Manfred Overesch u.a.: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Augsburg 1991, sowie die Karte: Die Lage an den Fronten am 20. Juli 1944, in: Hans-Adolf Jacobsen, Hans Dollinger (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg in Bildern und Dokumenten (einbändige Sonderausgabe). Köln 1966, S. 381.
- 7 Siehe z.B. äußerst detailreich: Klaus-Jürgen Müller: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie. Paderborn u.a. 2008.
- 8 Dazu: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 94–109; Müller (wie Anm. 7) S. 307–364. Die Meinungen zwischen Hoffmann und Müller, ob Beck schon 1938 einen Staatsstreich im Sinn hatte, divergieren.
- 9 Vgl. dazu: Overesch (wie Anm. 5) S. 469–477 u. S. 512 ff.
- 10 Siehe: Müller (wie Anm. 7) S. 142–172.
- 11 Siehe: Peter Hoffmann: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. München 1998, S. 27 u. S. 46 f.; siehe auch: ders.: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie. 4. überarb. u. erw. Aufl. München 2009, hier: S. 229 f., 241, 261 f. u. 264.
- 12 Dazu detailliert: Hoffmann (wie Anm. 3); Müller (wie Anm. 7).
- 13 Siehe: Müller (wie Anm. 7) S. 442 ff.
- 14 Neben Hoffmann: Stauffenberg und der 20. Juli 1944 (wie Anm. 11) u. ders.: Biographie (wie Anm. 11) siehe auch: Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg. Der 20. Juli 1944. Frankfurt a.M. 2004.
- 15 Zu Werner von Haefen siehe z.B.: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.): Lexikon des Widerstandes 1933–1945. München 1994, S. 75 f.; Wolfgang Brenner: Der Adjutant. Roman. München 2003.
- 16 Zum Ablauf des Geschehens siehe: Heinrich Walle: Der 20. Juli 1944. Eine Chronik der Ereignisse von Attentat und Umsturzversuch, in: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Bonn 2004 (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe, Bd. 438), S. 505–521; Ueberschär (wie Anm. 14) S. 14–26; Hoffmann (wie Anm. 3) S. 486–540; Hoffmann: Stauffenberg und der 20. Juli 1944 (wie Anm. 11) S. 84–89; ders.: Biographie (wie Anm. 11) S. 451–473; auch: Overesch (wie Anm. 5) S. 507–511, inkl. Nennung von im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom NS-Regime ermordeten Personen.
- 17 Friedrich Georgi: Soldat im Widerstand. General der Infanterie Friedrich Olbricht. 2. durchges. Aufl. Berlin, Hamburg 1989; Helena P. Page: General Friedrich Olbricht. Ein Mann des 20. Juli. 2. erw. Aufl. Bonn 1994.
- 18 Dazu: Hoffmann: Stauffenberg und der 20. Juli 1944 (wie Anm. 11) S. 81 ff. Es ging nicht zuletzt um die Frage, mit Hitler zusammen auch den von diesem zu seinem Nachfolger bestimmten Reichsmarschall Hermann Göring sowie den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler zu töten. Diese Gelegenheit ergab sich freilich nicht.

- 19 Zu Erich Hoepner siehe z.B.: Steinbach, Tuchel (wie Anm. 15) S. 89.
- 20 Zu Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim siehe z.B.: Steinbach, Tuchel (wie Anm. 15) S. 130.
- 21 Zitiert nach: Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, DRA-Nr. 2623118.
- 22 Dazu näher: Ulrike Hett, Johannes Tuchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Steinbach, Tuchel (wie Anm. 16) S. 522-538; Hoffmann (wie Anm. 3) S. 625-658.
- 23 Siehe: Hoffmann: Biographie (wie Anm. 11) S. 194.
- 24 Aus der Fülle der Literatur zum Scheitern der Weimarer Republik sei hier nur verwiesen auf die frühe Untersuchung: Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 5. Aufl. Villingen 1971 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 4).
- 25 Siehe dazu u.a.: Renate Knigge-Tesche, Axel Ulrich (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Frankfurt a.M 1996; Axel Ulrich: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet. 3. unveränd. Aufl. Wiesbaden 2008; ders.: Freiheit! Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924-1938. Hrsg.: SPD-Bezirk Hessen-Süd u. Union-Druckerei und Verlagsanstalt. Frankfurt a.M. 1988; ders. (Bearb. u. Red.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933-1945. Hrsg.: DGB-Bildungswerk Hessen u. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945. 2. unveränd. Aufl. Gießen 1984.
- 26 Siehe zu ihm und seinem reichsweiten Widerstandsnetzwerk insbesondere: Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner – Ein deutscher Widerstandskämpfer. Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik. Wiesbaden 2012, aber auch noch immer: Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik. Köln 1962; siehe ferner z.B.: Michael Sommer: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die soziale Demokratie. Dokumentation der DGB-Veranstaltung zum 60. Todestag am 29. September 2004 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Mit Beiträgen von Wolfgang Hasibether, Hans Mommsen, Michael Sommer. Marburg 2005.
- 27 Dazu: Reiner Tosstorff: Wilhelm Leuschner gegen Robert Ley. Ablehnung der Nazi-Diktatur durch die Internationale Arbeitskonferenz 1933 in Genf. Frankfurt a.M. 2007.
- 28 Siehe: Ulrich (wie Anm. 26) S. 37-43.
- 29 Siehe z.B.: Tilman Mayer (Hrsg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Köln 1988; ders.: Ein christlicher Gewerkschafter im Widerstand. Jakob Kaiser und der 20. Juli 1944, in: Gerhard Ringshausen, Rüdiger von Voss (Hrsg.): Widerstand und Verteidigung des Rechts. Bonn 1997, S. 107-132.
- 30 Siehe z.B.: Pläne zum Wiederaufbau der Gewerkschaften nach 1945 und die (gewerkschaftlichen) Vorbereitungen zum 20. Juli 1944. Bericht von Walter Maschke vom Juni/Juli 1945, in: Ulla Plener: Zwei Dokumente über den gewerkschaftlichen Widerstand 1933-1945. Aus dem Nachlass von Walter Maschke (1891-1980) in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 40. Jg., Heft 3, September 1998, S. 88-103.
- 31 Siehe vor allem: Gerhard Beier: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978.
- 32 Siehe vor allem: Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart u.a. 1967, S. 15 ff. u. S. 24 f.; Mayer: Ein christlicher Gewerkschafter (wie Anm. 29) S. 119 ff.
- 33 Zum Agieren von gegen Leuschners Widerstandsstrukturen eingesetzten Spitzeln siehe: Ulrich (wie Anm. 26) S. 59 ff.
- 34 Nebgen (wie Anm. 32) S. 54 ff., wobei dort das Treffen fälschlich auf „Herbst 1936“ datiert ist.
- 35 Siehe u.a.: Kurt Finker: Hermann Maaß – sozialdemokratischer Jugendpolitiker und Widerstandskämpfer, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 40. Jg., Nr. 3, 1998, S. 107-126; Johannes Tuchel: Hermann Maaß im Widerstand gegen den Nationalsozialis-

- mus, in: Sigrid Grabner, Hendrik Röder: Im Geist bleibe ich bei Euch. Texte und Dokumente zu Hermann Maaß. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 66–81.
- 36 Zu Ebert jr. und Schneppenhorst siehe die Kurzbiographien in: Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. 3., erhebl. erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994 (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), S. 102 ff. u. S. 435 f.
- 37 Siehe vor allem: Christina Stein: „Weil zu wenig Liebe auf der Welt ist, darum ist es so dunkel geworden“. Ludwig Schwamb. Ein rheinhessischer Widerstandskämpfer gegen die nationalsozialistische Diktatur. Wettbewerbsbeitrag zum Gesichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2008/09 „Helden: verehrt – verkannt – vergessen“. Rabanus-Maurus-Gymnasium Mainz 2009 (58 S. u. CD mit Dokumenten aus dem Nachlass Schwambs im Stadtarchiv Mainz).
- 38 Siehe u.a.: Schumacher (wie Anm. 36) S. 84; Walther G. Oschilewski: Gustav Dahrendorf. Ein Kämpferleben. Berlin-Grunewald 1955.
- 39 Siehe u.a.: Dorothea Beck: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand. Berlin 1983; Schumacher (wie Anm. 36) S. 278 ff.; Hans Mommsen: Julius Leber und der deutsche Widerstand gegen Hitler, in: ders.: Alternativen zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes. München 2000, S. 313–324.
- 40 Siehe z.B.: Ullrich Amlung: „... in der Entscheidung gibt es keine Umwege“. Adolf Reichwein 1898–1944. Reformpädagoge, Sozialist, Widerstandskämpfer. 3. Aufl. Marburg 2003.
- 41 Siehe dazu u.a.: Hans Mommsen: Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas, in: ders.: Alternativen zu Hitler (wie Anm. 39) S. 207–229; Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967.
- 42 Siehe vor allem: Richard Albrecht: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biografie. Berlin, Bonn 1987 (Internationale Bibliothek, Bd. 128); Ullrich Amlung, Gudrun Richter, Helge Thied: „... von jetzt an geht es nur noch aufwärts: entweder an die Macht oder an den Galgen!“. Carlo Mierendorff (1897–1943). Schriftsteller, Politiker, Widerstandskämpfer. Marburg 1997.
- 43 Peter Zimmermann: Theodor Haubach (1896–1945). Eine politische Biographie. München 2004.
- 44 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. 5. Aufl. Hamburg 1987; Ines Reich: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat. Köln u.a. 1997; Sabine Gillmann, Hans Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. 2 Bde. München 2003; Peter Hoffmann: Carl Goerdeler gegen die Verfolgung der Juden. Köln u.a. 2013.
- 45 Dazu und zum Folgenden ausführlich: Ulrich (wie Anm. 26) S. 210 ff.
- 46 Sina Schiffel: Jakob Steffan – Ein streitbarer Demokrat. Abgeordneter, KZ-Häftling, Innenminister. Biographie. Red.: Angelika Arenz-Morch. Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Mainz, Osthofen 2012 (Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz, Heft 5).
- 47 Siehe: Spruchkammerakte Christian Fries, Frankfurt a.M., Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 520 F und dessen Rechtfertigungsschrift vom 12. Januar 1947, Stadtarchiv Wiesbaden, Best. NL 75 Nr. 1555.
- 48 Gerhard Beier: Wilhelm Leuschner und das Verbindungsnetz sozialistischer Vertrauensleute in Hessen, in: Kniggetesche, Ulrich (wie Anm. 25) S. 565–592, hier: S. 578–581; zu Knothes Rolle in der frühen Nachkriegszeit siehe auch: Axel Ulrich: Für Frieden, Freiheit und demokratischen Sozialismus. Vor 50 Jahren: Wiedegründung der SPD in Hessen-Süd. Hrsg.: SPD-Bezirk Hessen-Süd. Frankfurt a. M. 1995, S. 17 ff.
- 49 Jan von Trott, Peter Friedl: Karl Kirchner. Porträt eines Frankfurter Kommunalpolitikers. Hrsg.: SPD-Stadtverordnetenversammlung. Frankfurt a.M. 1983.

- 50 Zu Maschmeyer siehe seine Personalakte (Kopie), auch die kleine Materialsammlung zu Leuschners Wiesbadener Widerstandsstützpunkt im Stadtarchiv Wiesbaden, Best. NL 75 Nr. 1190 u. Nr. 1591, sowie: Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 25) S. 219 ff.
- 51 Zu Zinnkann, dem übrigens 1965 als Erstem überhaupt die Wilhelm-Leuschner-Medaille verliehen wurde, siehe u.a.: Dirk Metz u.a. (Red.): Im Dienste der Demokratie. Die Trägerinnen und Träger der Wilhelm-Leuschner-Medaille. Hrsg.: Hessische Staatskanzlei. Wiesbaden 2004, S. 46; zu Organisation und konspirativen Führungskräften in der Region siehe: Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. 2. erw. Aufl. Heidelberg 1946, S. 46 ff.
- 52 Stephanie Zibell: Politische Bildung und demokratische Verfassung. Ludwig Bergsträsser (1883-1960). Bonn 2006 (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 71), siehe hier insbes. S. 101-120; Walter Mühlhausen: Eine Denkschrift für Wilhelm Leuschner - Ludwig Bergsträsser und die Widerstandsbewegung, in: Knigge-Tesche, Ulrich (wie Anm. 25) S. 593-611; interessant ist auch Bergsträssers Bericht anlässlich des 10. Jahrestages des 20. Juli 1944: Erinnerungen an Wilhelm Leuschner, in: Das Parlament, Nr. 29, 20. Juli 1954, S. 8.
- 53 Siehe u.a.: Ulrich Heinemann: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Berlin 1990.
- 54 Siehe: Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 25) S. 202 f., dort zitiert nach: Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. 2 Bde. Stuttgart 1984, hier: Bd. 1, S. 521 f.
- 55 Hierzu: Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 25) S. 195-229; ders.: Antinazistischer Arbeiterwiderstand in Süd- sowie Rheinhessen und dortige Stützpunkte im Rahmen Wilhelm Leuschners reichsweiter konspirativer Vertrauensleutestruktur, in: „80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften“. Fachtagung am Samstag, 4. Mai 2013. Dokumentation. Red.: Angelika Arenz-Morch. Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Mainz, Osthofen 2014 (Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz, Heft 11), S. 34-103.
- 56 Siehe u.a.: Peter M. Kaiser: Über Hermann Kaiser, in: Peter Joachim Riedle (Hrsg.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von Gerhard Beier, Lothar Bembenek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser und Axel Ulrich. Wiesbaden 1996 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5), S. 83-100; P. M. Kaiser (Hrsg.): Mut zum Bekenntnis. Die geheimen Tagebücher des Hauptmanns Hermann Kaiser 1941/1943. Berlin 2010; siehe auch speziell: Axel Ulrich: Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen nach Wiesbaden, in: Riedle, S. 11-61.
- 57 Siehe hierzu: Hedwig Brüchert-Schunk: Beispiele bürgerlichen Widerstandes in Hessen: Der Freundeskreis Heinrich Roos in Wiesbaden und der Kaufmann-Will-Kreis in Gießen, in: Knigge-Tesche, Ulrich (wie Anm. 25) S. 508-524, hier: S. 509-515; Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 25) S. 175 ff. u. S. 220 ff.
- 58 Siehe z.B.: Reinhold Bost: Bartholomäus Koßmann. Christ, Gewerkschafter, Politiker 1883-1952. Blieskastel 2002. - Der Hektik, in der die Fernschreiben abgefasst und abgesetzt wurden, sind einige Schreibfehler geschuldet.
- 59 Siehe z.B.: Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Hrsg.: Militärgeschichtliches Forschungsamt. Düsseldorf 1987.
- 60 Siehe zu Frölich z.B.: Steinbach, Tuchel (wie Anm. 15) S. 59; Schumacher (wie Anm. 36) S. 139 f.
- 61 Siehe zu Freiherr von Sell: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 431 u. S. 558, sowie verschiedene Hinweise im Internet.
- 62 Siehe: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 382; hier auch Angaben zum Wehrbereich IX Kassel. - Zu den „Politischen Beauftragten“ für die Wehrkreise siehe: ebda, S. 440 f. - Zu Erwin Gerlach sowie der sonstigen Verankerung der „20. Juli“-Verschwörung im Wehrkreis XII Wies-

- baden befinden sich einige marginale Hinweise in der Materialsammlung im Stadtarchiv Wiesbaden, Best. NL 75 Nr. 206.
- 63 Hoffmann (wie Anm. 3) S. 562 u. S. 845, Anm. 223; Guido Knopp: Stauffenberg. Die wahre Geschichte. In Zusammenarbeit mit Anja Greulich u. Mario Sporn. München 2008, S. 209.
- 64 Siehe dazu: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 554–558 u. S. 844, Anm. 214–216, sowie: Jörg Kammler: Ich habe die Metzerei satt und laufe über ... Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939–1945). Eine Dokumentation. Mitarbeit: Marc Poulain. 3., erw. Aufl. Fulda-brück 1997, S. 199–225.
- 65 Zu Ludwig Kaiser siehe auch speziell: Peter M. Kaiser: Die Verbindungen der Verschwörer des „20. Juli 1944“ nach Hessen am Beispiel der Brüder Kaiser, in: Knigge-Tesche, Ulrich (wie Anm. 25) S. 548–564, hier: S. 551–558.
- 66 Siehe vor allem den Bericht von Nidas „Meine vorbereitenden Maßnahmen für den 20. 7. 1944 im Wehrkreiskommando IX“ vom 25. Januar 1948, in: Kammler (wie Anm. 64) S. 217–223.
- 67 Zu Calujek siehe: Bernhard Simon: Die Abgeordneten der 1. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtages 18. Mai 1947 – 17. Mai 1951, in: Franz-Josef Heyen (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945–1951. Boppard a. Rh. 1984, S. 127–183, hier: S. 143 f.
- 68 Siehe: Henk (wie Anm. 51) S. 49 f. u. S. 60.
- 69 Zum punktuellen Streik in Mainz siehe den Hinweis in: Karl Otmar Freiherr von Aretin: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, in: ders. u.a.: Darmstadt und der 20. Juli 1944. Zehn Beiträge. Darmstadt 1974 (Darmstädter Schriften, 35) S. 7–38, hier: S. 36. – Zu den Ereignissen in Frankfurt siehe: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 556, sowie den Hinweis im Bericht des späteren dortigen SPD-Oberbürgermeisters Rudi Arndt über Verfolgung und Widerstand seines Vaters und seine eigene Verbindung zum „20. Juli 1944“, in: Axel Ulrich: Konrad Arndt. Ein Wiesbadener Gewerkschafter und Sozialdemokrat im Kampf gegen den Faschismus. Hrsg.: IG Metall Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg u. Verein Volkshaus J.P. Wiesbaden 2001, S. 72–75, hier: S. 74 f.
- 70 Siehe hierzu: Hoffmann (wie Anm. 3) S. 453 ff. u. S. 792 f., Anm. 238.
- 71 Bergsträsser (wie Anm. 52).
- 72 Siehe hierzu detailliert: Ulrich (wie Anm. 26) S. 172 ff.
- 73 Zitiert nach: Lothar Bembenek, Axel Ulrich: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Gießen 1990, S. 385 ff.
- 74 So wiedergegeben in der Begründung des Todesurteils gegen Hermann Kaiser und Busso Thoma durch den „Volksgerichtshof“ vom 17. Januar 1945, zitiert nach: Bembenek, Ulrich (wie Anm. 73) S. 401–404, hier: S. 401 f.
- 75 Siehe dazu z.B.: Hett, Tüchel (wie Anm. 22) S. 526 ff.
- 76 So bezeichnenderweise schon der Titel der von Prof. Dr. Bergsträsser wohl knapp zwei Jahre vor dem „20. Juli“ für Wilhelm Leuschner erarbeiteten verfassungspolitischen Denkschrift; diese wurde von der Widerstandsforschung jahrzehntelang ignoriert, bis sie erstmals überhaupt ein halbes Jahrhundert später durch Walter Mühlhausen in einer entsprechenden Monographie ausführlich gewürdigt worden ist (siehe: Anm. 52).
- 77 Dieser Sachverhalt geht sehr deutlich hervor auch aus dem im Jahr 2013 vorgelegten, vom Hessischen Landtag herausgegebenen Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur von Albrecht Kirschner erstellten Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“, dort: S. 30; siehe des Weiteren hierzu: Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesaus-schusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags 1.–11. Wahlperiode. Hrsg.: Präsident des Hessischen Landtags. Frankfurt/M. 1986, S. 68–96;

Bernhard Parisius, Jutta Scholl-Seibert (Bearb.): „... der Demokratie entgegen“. Die Sitzungsprotokolle des Beratenden Landesausschusses von Groß-Hessen im Jahr 1946. Eine Dokumentation. Wiesbaden 1999 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 65; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, Bd. 11), siehe dort die Kurzbiographien der Vertreter eines „besseren Deutschlands“: S. 30–56; Helmut Berding (Hrsg.): Die Entstehung der Hessischen Verfassung von 1946. Eine Dokumentation. Bearb.: H. Berding, Katrin Lange. Wiesbaden 1996 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 58; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, Bd. 10); Walter Mühlhausen: Der politische Widerstand gegen Hitler - Träger des demokratischen Neubeginns in Hessen, in: Renate Knigge-Tesche (Hrsg.): Politischer Widerstand gegen die NS-Diktatur in Hessen. Ausgewählte Aspekte. Wiesbaden 2007 (Hessische Landeszentrale für politische Bildung: POLIS 46. Analysen - Meinungen - Debatten), S. 69–90.

- 78 Siehe hierzu: Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 25) S. 94 f., sowie ausführlicher: ders.: Verfolgung und Widerstand christlicher Gewerkschafter im Rhein-Main-Gebiet während der NS-Diktatur, in: Nassauische Annalen, Bd. 101, 1990, S. 185–198.
- 79 Siehe hierzu: Ulrich (wie Anm. 26) S. 191 ff.

Auswahl weiterführender Literatur

- BRAKELMANN, GÜNTHER/KELLER, MANFRED (HRSG.): Der 20. Juli 1944 und das Erbe des deutschen Widerstandes. Münster 2005.
- BENZ, WOLFGANG/PEHLE, WALTER H. (HRSG.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Frankfurt a.M. 2001.
- FEST, JOACHIM: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli. Berlin 1994.
- HEIDENREICH, BERND/NEITZEL, SÖNKE (HRSG.): Der militärische Widerstand gegen Hitler – der Beitrag Hessens zum 20. Juli 1944 (Hessische Landeszentrale für politische Bildung: POLIS 42. Analysen – Meinungen – Debatten. Red.: Angelika Röming, Heidrun Helwig). Wiesbaden 2005.
- HOFFMANN, PETER: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4., neu überarb. u. erg. Ausg. München, Zürich 1985.
- KNIGGE-TESCHE, RENATE/ULRICH, AXEL (HRSG.): Verfolgung und Widerstand 1933-1945 in Hessen. Frankfurt a.M. 1996.
- KNIGGE-TESCHE, RENATE (HRSG.): Politischer Widerstand gegen die NS-Diktatur in Hessen. Ausgewählte Aspekte (Hessische Landeszentrale für politische Bildung: POLIS 46. Analysen – Meinungen – Debatten). Wiesbaden 2007.
- MIELKE, SIEGFRIED/FRESE, MATTHIAS (BEARB.): Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 5). Frankfurt a.M. 1999.
- RIEDLE, PETER JOACHIM (HRSG.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von Gerhard Beier, Lothar Bembenek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser und Axel Ulrich (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5). Wiesbaden 1996.
- SCHMÄDEKE, JÜRGEN/STEINBACH, PETER (HRSG.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. 3. Aufl. München, Zürich 1994.
- STEINBACH, PETER: Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstands. München 2004.
- STEINBACH, PETER/TUCHEL, JOHANNES (HRSG.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945 (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe, Bd. 438). Bonn 2004.
- UEBERSCHÄR, GERD R.: Stauffenberg und das Attentat vom 20. Juli 1944. Frankfurt a.M. 2004.
- ULRICH, AXEL (BEARB. U. RED.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933-1945. Hrg.: DGB-Bildungswerk Hessen u. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945. 2. Aufl. Gießen 1984.
- ULRICH, AXEL: 20. Juli 1944. Versuch eines Militärputsches sowie einer politisch-sozialen Revolution. Verbindungen zum politischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet (Hessische Landeszentrale für politische Bildung: POLIS 23. Analysen – Meinungen – Debatten. Red.: Renate Knigge-Tesche). Wiesbaden 1997.
- ULRICH, AXEL: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet. 3., unveränd. Aufl. Wiesbaden 2008.
- ULRICH, AXEL: Wilhelm Leuschner – Ein deutscher Widerstandskämpfer. Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik. Mit einem Vorwort von Helga Grebing. Wiesbaden 2012.
- ULRICH, AXEL: Antinazistischer Arbeiterwiderstand in Süd- sowie Rheinhessen und dortige Stützpunkte im Rahmen Wilhelm Leuschners reichsweiter konspirativer Vertrauensleutestruktur, in: „80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften“. Fachtagung am Samstag, 4. Mai 2013. Red.: Angelika Arenz-Morch. Hrg.: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz, Heft 11). Mainz, Osthofen 2014, S. 34-103.

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur. Hrsg.: Angelika Röming.

Bisher sind erschienen:

- Blickpunkt Hessen 1: Erwin Stein – Mitgestalter des neuen Bundeslandes Hessen
- Blickpunkt Hessen 2: Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945
- Blickpunkt Hessen 3: Carl Ulrich – Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten
- Blickpunkt Hessen 4: Die Gründung des Landes Hessen 1945
- Blickpunkt Hessen 5: Eugen Kogon – Ein Leben für Humanismus, Freiheit und Demokratie
- Blickpunkt Hessen 6: Hessische Grenz Museen: Point Alpha und Schiffersgrund
- Blickpunkt Hessen 7: Hessische Partnerregionen: Emilia-Romagna, Aquitaine, Wielkopolska, Wisconsin, Jaroslawl
- Blickpunkt Hessen 8: Oskar Schindler – Vater Courage
- Blickpunkt Hessen 9: Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse
- Blickpunkt Hessen 10: 1908: Studentinnen in hessischen Hörsälen
- Blickpunkt Hessen 11: Die Spielregeln der Demokratie in den hessischen Gemeinden – 200 Jahre Magistratsverfassung
- Blickpunkt Hessen 12: Leben und Wirken Georg Büchners und seiner Familie in Hessen
- Blickpunkt Hessen 13: Kleindenkmale schreiben Geschichte: Historische Grenzsteine in Hessen
- Blickpunkt Hessen 14: Nachhaltigkeit in Hessen – Ansätze für kommunales Handeln
- Blickpunkt Hessen 15: Als die Synagogen brannten – Die November-Pogrome 1938 in Hessen
- Blickpunkt Hessen 16: „... weit mehr als ein Gerichtsverfahren ...“
Der Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965 in Frankfurt am Main
- Blickpunkt Hessen 17: Christian Stock (1884–1967) – Arbeiterführer, Sozialpolitiker, Ministerpräsident